Mai 2017
Das VPOD-Magazin erscheint 10-mal pro Jahr

Die Gewerkschaft
Schweizerischer Verband des Personals öffentlicher Dienste

VPOD

Falsche Medizin

Welche Zukunft für unsere Spitäler?

Gute und schlechte Rezepte für die Gesundheitsversorgung

Mit Reka-Geld sind Sie im ÖV günstiger unterwegs.

Beziehen Sie Reka-Geld mit Rabatt und bezahlen Sie damit Tickets und Abonnemente bei den SBB und den meisten anderen Schweizer Verkehrsbetrieben. Übrigens akzeptieren insgesamt über 9'000 Annahmestellen in der ganzen Schweiz Reka-Geld. **reka.ch**

Mit Reka liegt mehr drin. reka

Bis zu 20 % Rabatt!

Reka-Geld gibt's mit **bis zu 20%** Rabatt bei vielen Arbeitgebern und mit **3 % bei Coop***

* Nur mit Supercard. Tageslimite 3'000.–.

KURS: Arbeiten und Angehörige pflegen — Wie geht das?

Viele erwerbstätige Menschen ab 50 sind damit konfrontiert, dass ihre betagten Angehörigen zunehmend Unterstützung brauchen. Der Kurs informiert über Belastungen, Entlastungsangebote und Rechte am Arbeitsplatz und bietet Gelegenheit zum Austausch.

Teil 1: Samstag, 20. Mai 2017, 9.30 – 13.00 Uhr
» Eigene Grenzen der Belastbarkeit, Austausch, Entlastungsangebote

VPOD Zentralsekretariat, Zürich

Teil 2 : Samstag, 10. Juni 2017, 9.30 – 13.00 Uhr
» Betreuungsgutschriften, Pflegevertrag, Vereinbarkeit von Erwerbsarbeit und Betreuungsaufgaben
VPOD Zentralsekretariat, Zürich

Ein Kurs für Berufstätige, die Angehörige betreuen oder dies in Erwägung ziehen.

Referentinnen:
» Dr. Bettina Ugolini / Leiterin der psychologischen Beratungsstelle Leben im Alter LiA, Uni Zürich
» Heidi Jost / Teamleiterin Sozialberatung, Pro Senectute Kanton Zürich
» Daniela Schwenderer / dipl. Pflegefachfrau und Teamleiterin, Spitex Zürich Limmat AG
» Christine Flitner / Zentralsekretärin VPOD
» Patrizia Mordini / Zentralsekretärin Syndicom

In Zusammenarbeit mit der Gewerkschaft Syndicom. Für Mitglieder von VPOD und Syndicom kostenlos. Nichtmitglieder Fr. 250.- pro Kurs. Bei einem Beitritt zum VPOD entfällt der Betrag.

Online anmelden und Mitglied werden unter www.vpod.ch

vpod ssp
Die starke Gewerkschaft im Service public.

Themen des Monats

5 **1. Mai: Deutliche Signale**
Zehntausende auf der Strasse – trotz misslichem Wetter

6–7 **«Vorstufe zur Diktatur»**
Warum die Rechten die AHV nicht lieben

8 **Bitte rasch umsteigen!**
Die Energiestrategie nützt Umwelt und Wirtschaft

9 **Die drei von der Denkstelle**
Ein Film über Marx und Engels kommt ins Kino

11–16 **Dossier: Die Zukunft der Spitäler**
Die Insel ist keine Insel mehr
Unsere Gesundheit verscherbeln?
Ein gutes Spital braucht alle

Rubriken

4 **Gewerkschaftsnachrichten**

10 **Aus den Regionen und Sektionen**

17 **Susi Stühlinger:** Duschen mit Doris

18 **Wirtschaftslektion:** Berufseinstieg mit Hindernissen

19 **Wettbewerb:** Die entlaufene Nonne

20 **VPOD aktuell**

21 **Hier half der VPOD:** T. will nicht länger warten

22 **Solidar Suisse:** Global denken, überregional handeln

23 **Menschen im VPOD:** Abwehrchefin Andrea Arezina

Redaktion/Administration:
Postfach 8279, 8036 Zürich
Telefon 044 266 52 52, Telefax 044 266 52 53
Nr. 4, Mai 2017
E-Mail: redaktion@vpod-ssp.ch | www.vpod.ch
Erscheint 10-mal pro Jahr

Christoph Schlatter
ist Redaktor des VPOD-Magazins

Die grössten Erfindungen

Der Faustkeil, die Beherrschung des Feuers, das Rad? Die Bearbeitung von Metall, der Buchdruck, die Dampfmaschine? Die Linse, das Radio, der Computer? Solche Dinge fallen uns ein, wenn von den grossen Erfindungen die Rede ist. Fast gleichzeitig stellt sich die Erkenntnis ein, dass praktisch alle diese Errungenschaften fragwürdige Nebenwirkungen hatten. Aufrechter Gang? Ackerbau? Antibabypille? Atomkraft? Die folgenden Generationen haben sich zuverlässig mit unerwünschten Folgen herumgeschlagen, von Bandscheibenschaden bis Fukushima.

Hier wird dreier Erfindungen gedacht, die vorbehaltlos zu loben sind. Erfindungen? Vielleicht trifft es das Wort «Entdeckungen» besser. Manches, was heute so naheliegend erscheint, dass es kaum mehr auffällt, war einst alles andere als selbstverständlich. Die Zahl Null beispielsweise. Um 300 vor unserer Zeitrechnung taucht sie in Babylon erstmals auf. Ex oriente lux: Europa kam erst 2000 Jahre später auf den Geschmack. Es war ein grosser Schritt für die Menschheit, dem Nichts ein eigenes Zeichen zuzuweisen – Voraussetzung für die fassbare Darstellung grosser Zahlen und für alle weitere Mathe- und Informatik.

Das Prozentrechnen wäre noch etwas einfacher ausgefallen, wenn wir Menschen zwölf statt zehn Finger und drum statt ein Zehner- ein Zwölfersystem hätten, bei dem die Division durch 3 nicht jedesmal solche Umstände machte. Kleine Schlamperei der Natur … Wie bei den Tonintervallen. Zwölf Quinten entsprechen nicht präzis sieben Oktaven, obwohl es auf dem Klavier diesen Anschein hat. Auch dabei handelt sich's um eine recht junge Erfindung: Die temperierte Stimmung der Musikinstrumente wurde im 18. Jahrhundert entwickelt. Sie verteilt den Fehler, das «pythagoreische Komma», so gleichmässig, dass er dem menschlichen Ohr nimmer auffällt. Ein gewisser Johann Sebastian Bach freute sich und komponierte gleich Stücke in allen 24 Tonarten.

Gepriesen sei drittens die Lautschrift. Die Idee, dass die Schrift nicht den Sinn der Wörter, sondern nur deren Lautung wiedergibt, wirkt auf den ersten Blick etwas deppert. In der Tat kamen Bilderschriften zuerst auf. Und doch ist die Lautschrift, die sich natürlich nicht an einem Tag, sondern langsam (aus einer noch bedeutungsorientierten Silbenschrift) entwickelte, ein Hit: Man kann mit ihr, mit gut zwei Dutzend (statt Zehntausenden) Zeichen alles schreiben. Alles. In jedem Dialekt und in jeder jemals dagewesenen oder noch kommenden Sprache. Auch den grössten Unsinn. Und dieses schöne Editorial.

Die jüngsten Entwicklungen in der Kommunikation zeigen allerdings, dass sich die Menschheit zumindest punkto Schrift im Rückwärtsgang befindet. Zurück zu den Hieroglyphen? Meine Meinung dazu: 😠💢👹😷💩!

Wolkenlos – schönes Los: vor allem in der Toskana.

Arbeitslos – schlimmes Los: vor allem für Ältere.

Reka: Erneuerung kommt voran

Noch dieses Jahr soll das Reka-Geld 3.0 eingeführt werden, das Reka-Checks auch digital verfügbar macht. Dies teilte die Schweizer Reisekasse Reka anlässlich ihrer Generalversammlung mit. Weiter wurde über die Erneuerung von Ferienanlagen berichtet: Das Feriendorf Zinal (Wallis), die Residenz Gstaad-Rougemont (Waadt) und das Resort Golfo del Sole (Toskana) sind seit 2016 (wieder) offen. | *pd (Foto: reka)*

Weniger Unfälle im öffentlichen Verkehr

In der Schweiz gab es im vergangenen Jahr 157 Unfälle im öffentlichen Verkehr – die niedrigste Zahl seit Einführung des standardisierten Sicherheitsberichts, wie das Bundesamt für Verkehr (BAV) mitteilt. Dabei starben 31 Menschen, 97 wurden schwer verletzt. Separat ausgewiesen sind in der Statistik die Suizide: 2016 nahmen sich 140 Personen auf einem Bahngleis das Leben. | *bav*

Yendi: Angestellte müssen Priorität haben

Die Modekette Yendi ist pleite. Die Direktion hat gegenüber der Unia eingeräumt, dass sie die Aprillöhne nicht bezahlen kann. Die Gewerkschaft verlangt unverzüglich Massnahmen, damit die Angestellten zu ihrem Recht und zu ihrem Geld kommen. Yendi betreibt mit gut 500 Beschäftigten rund 100 Kleiderläden in der ganzen Schweiz. | *unia*

Mehr Schutz statt blosser Appelle

Die dritte Nationale Konferenz zum Thema ältere Arbeitnehmende hat keine tauglichen Resultate erbracht. Nach wie vor gibt es unterschiedliche Einschätzungen über die Dringlichkeit – obwohl das Problem real ist und die Arbeitslosigkeit in der Altersgruppe 55 plus in den letzten Jahren überproportional angestiegen ist. Der SGB will daher konkrete Verbesserungen statt blosser Appelle: So sollen Beschäftigte über 50 besonders gegen Kündigung geschützt werden. Bereits ab 45 sollen Arbeitnehmende (und Arbeitslose) das Recht auf eine Standortbestimmung erhalten. Eine wichtige Verbesserung bringt die «Altersvorsorge 2020»: Arbeitslose ab 58 können nicht mehr gezwungen werden, ihre zweite Säule aufzubrauchen. | *sgb (Foto: CL./photocase.de)*

Befremden über Nationalratskommission

Die Medienorganisationen Syndicom, Impressum und SSM sind befremdet über den Beschluss der Nationalratskommission KVF-N, den Entscheid zu «No Billag» erst nach weiteren Abklärungen zu fällen. Die Kommission verlangt, dass für die SRG zwei Varianten mit reduziertem Budget ausgearbeitet werden: einmal mit 17 Prozent, einmal mit 37 Prozent weniger Gebührengeld. Dieses Vorgehen verzögert die Volksabstimmung und ist für die SRG-Beschäftigten eine Zumutung. Zudem ist das Resultat bekannt: Eine Gebührenreduktion wirkt sich negativ auf die Qualität der Sendungen und auf die Medienvielfalt aus. | *syndicom*

Generali: Sozialplan steht

Die Direktion und die Beschäftigtenvertretungen von Generali in Nyon haben einen Sozialplan unterzeichnet. Die Halbierung der Anzahl Arbeitsplätze, die der Versicherer vom Genfersee ins zürcherische Adliswil verlagert, erleichterte der Unia die Zustimmung. Für diejenigen, die den Job in Nyon verlieren, aber nicht in die Deutschschweiz zügeln wollen oder können, sind diverse Hilfestellungen vorgesehen. Die Abgangsentschädigung beträgt je nach Dienstalter bis zu 8 Monatslöhne. Ab Alter 63 ist eine vorzeitige Pensionierung möglich. | *slt*

Ringier wie Tamedia

Nach Tamedia hat auch Ringier die Zahlen für 2016 veröffentlicht: Auch dieser Medienkonzern weist einen enormen Gewinn aus. Das Plus beträgt 22,8 Millionen Franken und steht in eklatantem Widerspruch zur Abbaupolitik des Konzerns in der Westschweiz *(L'Hebdo, Le Temps)*. Syndicom fordert die Investition des Ertrags in die publizistischen Leistungen und ins Personal. | *syndicom*

SBB und Post als Gesetzesbrecher

Unia, SEV und Syndicom haben vor dem SBB- und dem Post-Hauptsitz dagegen protestiert, dass die beiden Betriebe in ihren Apps mit dem Dumping-Fahrdienst Uber kooperieren. Denn dessen Geschäftsmodell beruht auf der systematischen Umgehung von Gesetzen. Die Gewerkschaften fordern daher die unverzügliche Beendigung der Zusammenarbeit mit Uber. | *unia*

Zehntausende am traditionellen Feier- und Kampftag auf der Strasse

1. Mai 2017: Flagge gezeigt

Trotz erneut unwirtlichem Wetter haben die Gewerkschaften auch 2017 wieder eindrückliche Kundgebungen auf die Strasse gebracht. Zehntausende zeigten Flagge für bessere Arbeit und sichere Jobs, für faire Löhne und anständige Renten, für Gleichstellung und für einen vollwertigen Service public. Auch die «Altersvorsorge 2020» war an vielen Orten Thema: So riefen in Baden SGB-Präsident Paul Rechsteiner und in Basel VPOD-Generalsekretär Stefan Giger zur Unterstützung der Reform auf. «Wer die Verbesserung der AHV-Renten lächerlich zu machen versucht, der hat keine Ahnung vom Leben der Leute», sagte Rechsteiner. Giger stellte die Errungenschaften in die Reihe mit früheren Schritten zur Verringerung der Altersarmut. In Bülach geisselte VPOD-Präsidentin Katharina Prelicz-Huber Staatsabbau, Steuergeschenke und Sparpolitik.

SGB-Sekretärinnen in der Zentralschweiz: Doris Bianchi warnte in Zug vor Arbeitszeitflexibilisierung, in Luzern forderte Regula Bühlmann ein griffiges Gleichstellungsgesetz. Der Waadtländer SP-Regierungsrat Pierre-Yves Maillard betonte in Zürich vor 12 000 Leuten die Bedeutung einer öffentlichen Gesundheitsversorgung. Gewerkschaftliches Engagement lohnt sich, lautete die Botschaft von SGB-Chefökonom Daniel Lampart in Burgdorf: «Unsere Erfolge sind für die gesamte wirtschaftliche Entwicklung wichtig. Sogar der IWF kommt – etwas spät zwar – zum Schluss, dass überall, wo es repräsentative Gewerkschaften gibt, die Einkommensentwicklung gerechter ist.» In Bern rief VPOD-Regionalsekretärin Béatrice Stucki angesichts aktueller Entwicklungen (Türkei, Ungarn usw.) dazu auf, dem Rechtsstaat Sorge zu tragen. | *vpod (Fotos: vpod)*

Völker, hört die Signale:
Der 1. Mai 2017 in (von oben im Uhrzeigersinn) Zürich, Aarau, Zürich, Winterthur und Bellinzona.

Altersvorsorge 2020: Rechtsbürgerliche, Arbeitgeber und Finanzbranche sind die wahren Feinde der AHV

«Vorstufe zur Diktatur»

Alles, nur nicht die AHV stärken: Bis zuletzt haben der Arbeitgeberverband und seine rechtsbürgerlichen Stützen das Paket «Altersvorsorge 2020» bekämpft. Jetzt wollen sie sogar einen Scherbenhaufen bei der Volksabstimmung in Kauf nehmen. Wie kommt's? | **Text:** *SGB (Fotos: Peter Klaunzer/Keystone)*

Knapper geht's nicht: Die «Altersvorsorge 2020» erreichte im Nationalrat genau die nötigen 101 Stimmen. Vorne links betet ein Ratsweibel.

Mit genau der nötigen Zahl von 101 Stimmen hat der Nationalrat das Reformpaket «Altersvorsorge 2020» gutgeheissen. Eine Stimme weniger, und fünf Jahre Arbeit wären vernichtet gewesen. Bis zur letzten Minute lobbyierte der Arbeitgeberverband für ein Nein. Lieber ein Absturz als eine Erhöhung der AHV-Renten, lautete die Devise. Jetzt wollen der Arbeitgeberverband und seine rechtsbürgerlichen Helferinnen und Helfer die Vorlage an der Urne versenken (und sind damit leider nicht allein, siehe Kasten). Sie wollen die AHV schwächen statt stärken. Und den Weg freiräumen für Rentenalter 67.

Gegen solidarische Finanzierung

Während Jahren wurde gepredigt, dass es endlich eine Reform brauche, nun sind die Arbeitgeber – vor allem jene in der Deutschschweiz – wild entschlossen, bei der Volksabstimmung am 24. September einen Scherbenhaufen zu hinterlassen. Woher rührt dieser Widerstand? Welche Ziele verfolgen die Arbeitgeber und ihre Verbündeten aus SVP und FDP? Fast 20 Jahre ist es her, dass die SVP offenlegte, wie *sie* sich Altersvorsorge der Zukunft vorstellt. An ihrem Kongress im März 2000 verlangte die Partei einen Totalumbau: Statt dass die Reichen wie heute dank der Umlagefinanzierung einen starken solidarischen Beitrag an die Renten des Grossteils der Bevölkerung leisten müssen, sollten die Versicherten mehr «Eigenverantwortung» übernehmen.

Auch heute ist die in der «Altersvorsorge 2020» vorgesehene Erhöhung der AHV-Renten (um 840 Franken jährlich für Alleinstehende und bis zu 2712 Franken für Ehepaare) ein Alptraum der neoliberalen SVP-Führung – obwohl mit den Bauern ein wichtiger Teil der Parteibasis besonders stark von der AHV profitiert. Ein Gräuel sind den Parteioberen die solidarische Finanzierung der AHV und generell alle solidarischen Elemente bei den Sozialversicherungen. Selten hat darum ein Vorschlag die SVP derart in Rage gebracht wie die Erhöhung der AHV-Renten. Jedes Argument war recht, das Ansinnen zu bekämpfen. Der Walliser SVP-Nationalrat Raymond Clottu verstieg sich zur Behauptung, es sei ungerecht, wenn Menschen, die nur wenig oder gar nichts in eine zweite Säule einbezahlt hätten, nun einen Zuschlag bei der AHV erhielten. Also: Frauen, Bauern und Gewerbler …

Lieber die Altersvorsorge an die Wand fahren als die AHV stärken, lautet die Losung auch bei den Arbeitgebern. Als vor zwei Jahren SVP und FDP bei den Wahlen zulegten, jubilierte der Schweizerische Arbeitgeberverband. Man sah den Zeitpunkt gekommen, den Sozialstaat zurückzustutzen und in der Altersvorsorge das individuelle Sparen auszubauen. Obwohl Letzteres heute fast nicht mehr rentiert und vor allem den Banken und Versicherungen nützt. Für die Arbeitgeber ist «ein Aufblähen der AHV-Leistungen» schlicht «nicht vorstellbar». Daher der Versuch, in letzter Sekunde den Ständeratskompromiss

zu zertrümmern. Martin Kaiser, Dossierzuständiger beim Arbeitgeberverband, wollte den sinkenden Umwandlungssatz innerhalb der zweiten Säule ausgleichen. Das hätte massiv mehr gekostet und deutlich weniger gebracht als der vom Ständerat vorgezogene Ausgleich in der ersten Säule.

Möglichst tiefe Renten

Schuld an der starren Haltung sind absurderweise gerade die Vorzüge der AHV: Sie ist nicht nur sozial, sondern auch solidarisch. Diese Finanzierung war den Arbeitgebern von Anbeginn ein Dorn im Auge. Als in den 1940er Jahren klar wurde, dass die AHV nicht mehr zu verhindern sei, setzten sie alles daran, die Renten tief zu halten. Denn je tiefer die AHV-Renten, desto besser das Geschäft von Banken und Versicherungen mit der Altersvorsorge. Hans Sulzer, Präsident der Economiesuisse-Vorgängerorganisation («Vorort»), nannte die AHV 1945 eine «Vorstufe zur Diktatur».

Die Abscheu gegen die AHV hat sich wider jede ökonomische Vernunft bis heute gehalten: Noch letztes Jahr lud das SVP-nahe «Liberale Institut» zu einer Veranstaltung gegen die «staatssozialistische AHV». Beim anderen wirtschaftsliberalen Think-Tank, Avenir Suisse, trägt man Rentenalter 67 seit Jahren wie das Allerheiligste vor sich her. Die Marschroute geht aus dem O-Ton des Arbeitgeberverbands klar hervor: «Sprechen sich die Stimmbürger im Herbst erneut gegen einen AHV-Ausbau mit der Giesskanne aus, machen sie den Weg frei für eine echte Reform. Denn ein Ausbau wäre dann definitiv vom Tisch. Auf diesem liegen dann nur noch die zentralen und praktisch unbestrittenen Massnahmen: die Angleichung des Frauenrentenalters, eine moderate Zusatzfinanzierung für die AHV und die Senkung des Mindestumwandlungssatzes mit sozialverträglicher Kompensation.» Rentenalter 67, Rentenkürzungen und Sozialabbau? Diesen Totalangriff müssen wir abschmettern. Mit einem Ja zur «Altersvorsorge 2020» am 24. September.

Andere Zeiten: Der Pöstler zählt die AHV auf den Stubentisch.

Aus anderen Zeiten

Röstigraben 2017: Während die Gewerkschaften in der Deutschschweiz das Paket «Altersvorsorge 2020» als derzeit bestmögliche Vorlage verteidigen, gibt es in der Westschweiz eine grosse – oder zumindest laute – Opposition, die gewillt ist, mit den Arbeitgebern zusammenzuspannen und einen Scherbenhaufen in der Altersvorsorge zu erzeugen. Auch im VPOD, der bekanntlich an seiner Delegiertenversammlung recht knapp Ja gesagt hat zur Vorlage, existieren solche Tendenzen. Allerdings zeigt beispielsweise die Urabstimmung der SP, dass die Gegnerschaft des Pakets auch innerhalb der Westschweizer Linken nicht mehrheitsfähig ist. Die SP-Mitglieder unterstützen die Reform mit über 90 Prozent der abgegebenen Stimmen; auch in den Kantonen Genf und Waadt ist die Mehrheit mit 66,7 und 72,9 Prozent sehr deutlich.

Die Gegnerschaft argumentiert mit der «roten Linie» des Frauenrentenalters, dessen Erhöhung man immer bekämpft habe. Und mit der Tatsache, dass die bisherigen Pensionierten in der Reform «vergessen gegangen» seien. Beides ist maximal halbrichtig. Zutreffend ist, dass die Gewerkschaften das tiefere Frauenrentenalter stets verteidigt haben im Wissen, dass es aus einer anderen Zeit stammt. Die Strategie auch in der Auseinandersetzung um die Altersreform war vom Versuch geleitet, diesen «Restposten» in einer Weise einzubringen, die vorab den Frauen nützt. Und das ist gelungen.

Die Hälfte der Frauen kann auch nach neuem Recht mit 64 Jahren in Pension gehen, ohne dass ihre Rente deswegen kleiner wird; der 70-fränkige AHV-Zuschlag und die Milderung der Rentenkürzung bei vorzeitigem Altersrücktritt bewirken das. Mit anderen Worten: Gerade für Geringverdienerinnen – für all die Teilzeitverkäuferinnen und -coiffeusen – stellt die «Altersvorsorge 2020» keine Verschlechterung dar. Sie schafft lediglich die Möglichkeit, die Rente aufzubessern, indem frau ein Jahr länger erwerbstätig bleibt.

Auch die Fortschritte, welche die Reform in der zweiten Säule bringt, helfen überproportional den Frauen – betroffen ist nämlich der Einkommensbereich zwischen 21150 und 52875 Franken, wo zu zwei Dritteln Frauen tätig sind. Auch für Teilzeitbeschäftigte – ebenfalls überwiegend weiblich – fällt dank der Neuregelung des Koordinationsabzugs neu ein grösserer Teil des Lohnes unter die obligatorische berufliche Vorsorge und ist damit besser geschützt und verzinst als auf freier Versicherungswildbahn.

Die Behauptung, es schaue bei der «Altersreform 2020» nichts für die heutigen Pensionierten heraus, ist zwar nicht falsch. Aber dazu muss man wissen, dass die heutigen Pensionierten auch nichts verlieren. Ihre AHV-Renten sind weiterhin an den Mischindex gekoppelt und spiegeln damit über die Teuerung hinaus einen Teil des Produktivitätsfortschritts. In der zweiten Säule hat man den heutigen Rentnerinnen und Rentnern einst viel versprochen – und dieses Versprechen auch gehalten: Ihre Renten sind sicher. Belastet wurde bei diesem Vorgehen die Generation der Aktiven. Die Anpassung des Umwandlungssatzes korrigiert das Missverhältnis; dank Besitzstandgarantie gibt es auch hier keinen Verlust für die heutigen Rentnerinnen und Rentner – und darüber hinaus sogar für alle ab 45. | *slt (Foto: Keystone)*

Ein Ja zur Energiestrategie 2050 nützt der Umwelt und dem Werkplatz Schweiz

Bitte rasch umsteigen!

SGB und VPOD stimmen dem Energiegesetz zu, über das am 21. Mai an der Urne entschieden wird. Die Zeit für den Umstieg auf erneuerbare Energien ist (über)reif. Und die Energiestrategie 2050 bringt Investitionen, was gut ist für den Werkplatz Schweiz. | **Text:** *Dore Heim, Zentralsekretärin SGB (Foto: CAHKT/iStock)*

Wasserschloss Schweiz: Ein Ja zur Energiestrategie sichert den Weg in eine Zukunft mit erneuerbaren Energien.

Die Energiestrategie 2050 will eine energetische Versorgung aus einheimischen und erneuerbaren Quellen. Sie wird sich nicht nur auf das Klima (Reduktion der Treibhausgase) und die Gesundheit (weniger Verschmutzung), sondern auch auf den Werkplatz Schweiz positiv auswirken. Die zunehmend forcierte Verringerung importierter fossiler Energie wird es erlauben, Milliarden zu sparen. Das ermöglicht, die Investitionen neu auf Energieeffizienz, auf die Reduktion des Energiekonsums und auf die erneuerbaren Energien auszurichten. Davon wird der Arbeitsmarkt profitieren.

Gerüstbauer und Architektinnen

Denn diese Investitionen werden *in* der Schweiz getätigt werden. Sie werden Zehntausende von Stellen in unserem Land erhalten oder neu schaffen. Von diesen Stellen werden alle Regionen des Landes profitieren, denn die Installation und der Unterhalt von erneuerbaren Energien und die Energiesanierung der Gebäude sind überall nötig. Gebraucht werden Kräfte verschiedenster Qualifikationsniveaus: Gerüst- und Fassadenbauer, Abdichterinnen, Storenmonteure, Projektverantwortliche, Ingenieurinnen, Architekten; Energieberaterinnen, Informatiker usw. Das ist gut für den Arbeitsmarkt. Und weil sich die Investitionen auf Jahrzehnte verteilen, wird die Nachhaltigkeit der Stellen hoch sein.

Die dank Energiestrategie 2050 begünstigte Innovation wird zudem die Wettbewerbsfähigkeit der Schweizer Unternehmen, insbesondere der exportorientierten, stärken. Das wiederum wird helfen, in der Schweizer Industrie, namentlich in der Maschinenindustrie, Stellen zu halten und neu zu schaffen. Im Falle einer Ablehnung der Vorlage werden die Investitionen in die Energieeffizienz und in die Entwicklung erneuerbarer Energien zurückgehen. Das wird sich klar negativ auf den Werkplatz Schweiz auswirken.

Gegner betreiben Angstmache

Es gab sicher nie einen besseren Zeitpunkt für den Umstieg in die erneuerbaren Energien: Die Strompreise sind so tief, dass die Haushalte und die KMU den höheren Netzzuschlag von maximal 2,3 Rappen pro Kilowattstunde problemlos verkraften können, zumal stromintensive Unternehmen sowieso davon befreit bleiben. Die Zahlen der Gegnerschaft sind nicht real, sondern auf Angstmache ausgerichtet.

Gesamteuropäisch herrscht Stromüberfluss, was sich nur ändern wird, wenn es in der EU zu einem wirtschaftlichen Aufschwung käme. Aber ohne eine massive Preiserhöhung der CO_2-Emissionszertifikate wird weiterhin Strom aus Kohle produziert, was die hauptsächliche Ursache für den Stromüberfluss ist. Deshalb ist auch hier den Gegnern der Energiestrategie 2050 zu widersprechen. Es droht keinesfalls Stromverknappung, aber es ist auch aus Umweltgründen richtig, die einheimische Produktion zu stützen. Ein Ja zur Energiestrategie 2050 ebnet den Weg in die Energiewende, schafft Investitionsanreize und bietet Planungssicherheit. Das Ja ist ein Gebot der Vernunft und ein Bekenntnis für die Umwelt und den Werkplatz.

VPOD Grischun: Kompetenzzentrum aufbauen!
Der VPOD denkt weiter. Die Region Grischun/Glarus schlägt vor, in Graubünden ein Kompetenzzentrum «Erneuerbare Energien» aufzubauen, weil mit den zahlreichen Kraftwerksgesellschaften, Energie- und Planungsunternehmen sowie der HTW Chur schon viel Know-how vor Ort ist. Und wenn es schon Bestrebungen gebe, die Lawinenverbauungen als Unesco-Kulturerbe zu positionieren, so wäre dies erst recht mit dem Thema «Nutzung der Wasserkraft» möglich. Eine entsprechende Ideenskizze «Von der Flösserei zum Stauseebau» hat der VPOD Grischun/Glarus erarbeitet, der sich ebenfalls für ein Ja zur Energiestrategie einsetzt. | *vpod*

Der deutsch-französische Spielfilm «Der junge Karl Marx» von Raoul Peck kommt im Mai ins Kino

Die drei von der Denkstelle

Schulfernsehen? Wenn, dann im allerbesten Sinn: «Der junge Karl Marx» ist a) ein Zeitgemälde und schneidet b) die richtigen Fragen an. Gezeigt werden die Jahre zwischen 1844 und 1848, als sich Marx und Engels fanden und das Kommunistische Manifest schrieben. | **Text:** *Christoph Schlatter (Foto: filmcoopi)*

Den kenn ich doch! Woher nur? Ach so: Stefan Kosanke, der in «Der junge Karl Marx» den Friedrich Engels gibt, hatte soeben seinen letzten – mutmasslich tödlichen – Einsatz als Dortmunder «Tatort»-Ermittler. Als er im Film zum ersten Mal Karl Marx (August Diehl) begegnet, schlägt ihm Herablassung entgegen. Allerdings nur kurz: Die beiden erkennen einander rasch als kluge Denker an. Marx ist womöglich der brillantere Kopf, im Film wie im Leben. Aber Engels hat andere Stärken. Er verfügt über Geld. Er besitzt Sinn fürs Notwendige. Und er bewältigt nächtliche Zechtouren neben- und nachwirkungsfrei, sehr im Gegensatz zum Freund.

Klassenfragen: Jenny und Karl Marx sowie Friedrich Engels (von links) verändern die Welt.

Auf Augenhöhe

Auch ein zweistündiger Film wie derjenige von Raoul Peck kann nicht alle Wünsche erfüllen. Das entsetzliche Elend der Unterschichten tritt lediglich in – allerdings bildstarken – Episoden zutage. Mehr Raum erhält die persönliche Geschichte der Hauptfiguren, zu denen auch Jenny Marx (Vicky Krieps) und Mary Burns (Hannah Steele), die spätere Frau Engels, zählen. Starke Charaktere: Jenny ist, auch wenn sie dem unsteten Leben des Mannes viele Opfer zu bringen hat, eine Partnerin auf Augenhöhe, ob in Trier, Paris oder Brüssel. Mary, die Fabrikarbeiterin mit der frechen Klappe, erleben wir als mutige Kämpferin. (Eine unangemessene Reaktion von Marx auf ihren frühen Tod wird die Freunde vorübergehend entzweien – aber das war erst 1863.)

Der Film endet, als die Bärte der beiden Protagonisten noch nicht sehr lang, die Hormone dafür heftig wallten, im Revolutionsjahr 1848. Und zwar mit der Schlussredaktion und dem Druck des Kommunistischen Manifests. Die Bezeichnung «Katechismus der Arbeiter» macht deutlich: Hier wollten Marx und Engels ihr politisches Denken in einer Weise auf den Punkt bringen, die auch von den einfachen Leuten verstanden wird. Etwas Ähnliches versucht ja auch der Film, indem er anhand des Anarchisten und Marx-Antipoden Joseph Proudhon einige Elemente der philosophischen Auseinandersetzung ausbreitet. Was ist Privateigentum? Wie definieren sich Klassen? Kann man den Wert der Arbeit bestimmen? Wie?

Wer ist's gewesen?

Karl Marx und Friedrich Engels wollten nicht nur sinnieren, sondern auch gestalten. Aus dem «Bund der Gerechten» wird unter ihrer Einwirkung 1847 tatsächlich der «Bund der Kommunisten». Brüderlichkeit war einmal; jetzt lautet die Losung «Proletarier aller Länder, vereinigt euch!». Im Kielwasser dieser Parole taucht allerdings ein neues Problem auf: Ist der Kapitalist nur als Kapitalist ein Feind? Oder auch als Mensch?

Im Schnelldurchlauf rattern wir im Nachspann durchs 20. Jahrhundert, in dem unter Berufung auf Marx und Engels derart viel Blut geflossen ist, dass uns Heutigen jede Utopie schwerfällt. Ein Aufklärungsfilm? Als Lehrer würde ich mit meiner Klasse die Frage diskutieren, wo «der Fehler» liegt und warum wir 2017 nicht weiter sind mit der Gerechtigkeit auf Erden: Sind die Protagonisten des Films schuld? Ihre Philosophie? Die selbsternannten Nachfolger? Die Reaktion der reaktionären Gegenseite? Liegt es an der Beschaffenheit der Welt? Oder ist der Mensch fürs Menschsein charakterlich einfach nicht geeignet?

99 Luftballons: St. Galler Kantonspersonal.

2 Fremdsprachen: Zürcher Primarschulen.

St. Gallen: Staatspersonal auf der Strasse

Es braucht einiges, bis das ansonsten besonnene St. Galler Kantonspersonal wutentbrannt auf die Strasse geht. Im April war das Mass voll: 3000 kamen an die Demo. Sie sind sauer über den Bruch eines Versprechens. 2014, bei der Verselbständigung der Pensionskasse, wurde der technische Zins mit 3,5 Prozent zu hoch angesetzt – wissentlich und willentlich. Es wurde aber zugesichert, dass der Kanton bei der Senkung dann die nötig werdenden Millionen einspeisen werde. Die Finanzkommission des Kantonsrats wollte davon nun nichts mehr wissen und die 200 Millionen Franken einfach so auf dem Buckel des Personals «sparen». Immerhin hat, nach dem eindrücklichen Aufmarsch der Betroffenen, der Kantonsrat das Geschäft zur nochmaligen Abklärung an den Absender zurückgewiesen. «Wo bleibt die Verlässlichkeit?», fragte Demo-Rednerin Maria Huber (VPOD). | *slt (Foto: vpod)*

VPOD verurteilt das BVB-Sparprogramm

Die im VPOD organisierten Beschäftigten der Basler Verkehrsbetriebe BVB wenden sich per Resolution gegen das Sparpaket im Umfang von 20 Millionen Franken, das von der Direktion und vom Verwaltungsrat beschlossen worden ist. Es schiesse deutlich über das Ziel hinaus. Bereits heute spüren die Beschäftigten überall Druck: Pensionierte werden nicht ersetzt, krankheitsbedingte Absenzen in Frage gestellt. Auch die Rücksichtnahme auf Mitarbeitende mit schulpflichtigen Kindern leidet. Aus Sicht des VPOD grenzt es an ein Wunder, dass die Trämli und Busse auch während der Grippewelle noch alle gefahren sind. Die Strassenbahnerversammlung des VPOD Basel stellt sich nicht gegen Verbesserungen. Aber die aktuellen Massnahmen lassen keine Strategie erkennen; sichtbar sind lediglich «die bizarren Auswüchse eines Managements, das sich Ruhm und Ehre durch Abbau verspricht». | *vpod*

Freiburger Spital: Teurer parkieren

Seit 1. Mai müssen die Beschäftigten des Freiburger Spitals HFR mehr für die Personalparkplätze bezahlen. Der Preis pro Monat stieg in Freiburg und in Murten von 30 auf 50 Franken. In Tafers, Billens und Riaz war das Parkieren bisher überhaupt gratis. Der VPOD protestiert. Besonders in den Landspitälern, die per öV zu Randzeiten schlecht oder gar nicht erreichbar sind, löst der Aufschlag Unmut aus. | *slt*

Basel: Für 2 Stunden mehr Lebensqualität

Die Arbeitsgemeinschaft der baselstädtischen Staatspersonalverbände hat dem Regierungsrat eine Petition für die Reduktion der Arbeitszeit eingereicht. Rund 5300 Angestellte des Kantons, also mehr als die Hälfte, haben unterschrieben: Sie verlangen, dass die Wochenarbeitszeit von 42 auf 40 Stunden gesenkt wird – und zwar bei gleichem Lohn und mit den nötigen zusätzlichen Stellen. Um als Arbeitgeber attraktiv zu bleiben, muss der Kanton endlich nachvollziehen, was Novartis, Roche & Co. längst umgesetzt haben. Wichtig ist, dass die Arbeitszeitreduktion flexibel ausgestaltet wird – dass man die gewonnene Zeit also pro Woche oder angespart als Ferien oder Sabbatical beziehen kann. | *vpod*

Zürcher Primarschule soll dreisprachig bleiben

Der VPOD Zürich reiht sich ein in eine Allianz, die sich für zwei Fremdsprachen an der Primarschule stark macht. Dazu gehören auch die SP, die Grünen und die AL – sie alle wenden sich gegen die sogenannte Fremdspracheninitiative und fordern die Stärkung von frühem Französisch- und Englischunterricht. Gründe: Kinder vor der Pubertät gehen Neues motiviert und unbefangen an, und sie lernen die Aussprache leichter als später. Der Verzicht auf eine der beiden Sprachen wäre eine Kapitulation. | *vpod (Foto: Oko_SwanOmurphy/iStock)*

Aarau: Altersheime sollen städtisch bleiben

Am 21. Mai entscheidet die Aarauer Stimmbevölkerung über die Verselbständigung der städtischen Alters- und Pflegeheime Herosé und Golatti. Beide Einrichtungen sollen in eine gemeinnützige AG überführt werden. Der VPOD ist dagegen: Alterspolitik ist eine wichtige öffentliche Aufgabe, die ohne eigene Heime nicht zu erfüllen ist. Gute Betreuungs- und Pflegequalität ist von guten Arbeitsbedingungen abhängig. Weil die Politik einen GAV ablehnt, ist die Beibehaltung des städtischen Regimes unabdingbar. | *slt*

Der neue GAV der Berner Spitäler ist nahezu flächendeckend

Die Insel ist keine Insel mehr

Am 1. Januar 2018 tritt ein Berner Spital-Gesamtarbeitsvertrag in Kraft, der auch die Insel-Gruppe und die Psychiatrie umfasst. Mit 18 000 Beschäftigten von der Oberärztin bis zur Reinigungskraft ist er der grösste seiner Art. Und setzt ein Zeichen: Für ein Spital braucht es alle. | **Text und Foto:** *Christoph Schlatter*

In den Augen von Bettina Dauwalder, VPOD-Regionalsekretärin, ist der umfassende Spital-GAV ein wichtiger Schritt hin zu mehr Schutz für die Beschäftigten. Bisher galt der GAV lediglich für die Regionalspitäler; die Insel-Gruppe besass einen Betriebsvertrag. Als dritter Player rückt jetzt noch die dreigliedrig organisierte Psychiatrie unter den Schirm, die eben erst verselbständigt worden ist. Ein Zugeständnis an die Arbeitgeber ist das neue Lohnsystem, das eine Abkehr von den bisherigen Lohnklassen und -stufen zugunsten von – flexibleren – Lohnbändern bringt. «Die Mitarbeitenden werden sich vermehrt um ihre Löhne kümmern müssen, und statt in Klassen und Stufen wird nun viel stärker in Franken und Rappen gerechnet», sagt Dauwalder. Bei der Überführung gilt Besitzstandwahrung.

Mundet's? Wie gut der Berner Spital-GAV wirklich ist, wird seine Anwendung ab 1. Januar 2018 zeigen.

Keine Fliegenfalle

Die Lohnverhandlungen – auch das ist aus VPOD-Sicht wichtig – finden weiterhin zwischen den Personalverbänden und den Arbeitgebern statt. (Neben dem VPOD sind der SBK – Berufsverband in der Pflege – und der VSAO – Vertretung der Assistenzärzte und Oberärztinnen – in den GAV involviert; die Arbeitgeber haben ein gemeinsames Dach in diespitäler.be.) Es wird sich zeigen müssen, wie viel Spielraum die äusseren Gegebenheiten für Verhandlungen jeweils lassen; alles hängt von der zur Verfügung stehenden Lohnsumme ab.

Die in solchen Systemen häufig zu beobachtende Erscheinung, dass das Personal wie Fliegen an der Decke seines jeweiligen Lohnbandes klebt und seiner Perspektiven beraubt ist, droht laut Dauwalder ganz und gar nicht. Im Gegenteil: «Wir müssen Druck machen, damit die Beschäftigten nicht jahrelang am unteren Rand ihres Bandes bleiben.» Trotzdem besteht die Gefahr (fort), dass händeringend gesuchte Fachkräfte beim Neueinstieg die Alteingesessenen überflügeln, so dass diese «mit den Füssen verhandeln» – also: die Stelle wechseln – müssen, um voranzukommen.

Massiver Druck lastet auf den weniger spezifisch qualifizierten Berufsgruppen – Reinigung, Hauswirtschaft, Gastronomie. Da ist selbstredend auch ein universaler GAV kein Zauberding. Sein absoluter Mindestlohn beträgt 4000 Franken mal 12 – auf den ersten Blick nicht viel mehr, als auch im Reinigungs-GAV steht. Wegen anderer Faktoren wie Krankenlohn und Ferien lohnt es sich dennoch, im Spital statt auf freier Wildbahn zu putzen.

Das Benchmarking bei den Fallpauschalen lässt den Unternehmen allerdings auch in ihrem Kerngeschäft wenig Spielraum, wie etwa Bruno Letsch betonte, der das Spital Biel leitet. Trotzdem wollen auch die Arbeitgeber vom Vertragswerk profitieren, indem sie auf dem hart umkämpften Arbeitsmarkt ein besser assortiertes Blatt in der Hand zu haben hoffen. Trumpfkarten? Auch in den Regionalspitälern gilt nun ein Vaterschaftsurlaub von 10 Tagen. Der Adoptionsurlaub beträgt neu 1 Monat. Bei den Dienstaltersgeschenken haben sich die regionalen Spitalzentren am stärksten bewegt: Dort gab es bisher erst zum 20. Jubiläum eine Prämie; neu werden bereits zum 10. Jahrestag 5 Urlaubstage gewährt. Rosmarie Glauser vom VSAO sieht für die von ihr vertretene – ebenfalls zunehmend weibliche –Personalgruppe zumal den verbesserten Schutz bei Mutterschaft als wichtig an, gerade weil auf der Stufe Assistenzarzt in der Regel befristete Verträge gelten.

Schöne Lieder, kalte Torte

Aus Gewerkschaftssicht ist es als bedeutender Erfolg anzusehen, dass mit Ausnahme der Rehakliniken nun alle öffentlichen Berner Spitäler mit ihren über 18 000 Beschäftigten unter einem einzigen GAV-Dach versammelt sind. Dass der Vertrag nicht nur das Pflegepersonal umfasst, sondern von den Assistenzärzten und Oberärztinnen bis zum Hauswirtschafts-, Küchen- und Reinigungspersonal reicht, ist bemerkenswert. Man kann das durchaus als Bekenntnis lesen, wonach sich gute Spitaldienstleistungen nur aus dem Zusammenwirken all dieser unterschiedlichen Metiers ergeben. An der Medienkonferenz wurde eine (allerdings noch frostige) GAV-Quarktorte angeschnitten und das Loblied auf die Sozialpartnerschaft gesungen. Wie gut diese wirklich funktioniert, zeigt sich erst in der Anwendung des Vertrags, der von den Personalverbänden noch gutzuheissen ist.

Kanton Zürich: 2 x Nein zur Privatisierung des Kantonsspitals Winterthur und der IPW

Unsere Gesundheit verscherbeln?

Im Kanton Zürich steht am 21. Mai ein Entscheid von grosser Tragweite an: Dem Kantonsspital und der Integrierten Psychiatrie Winterthur drohen die Umwandlung zur AG. Der Ökonomisierung des Gesundheitswesens ist mit zweifachem Nein Einhalt zu gebieten. | **Text:** *Andreas Dauru, Präsident VPOD Zürich Kanton (Foto: Steffen Schmidt/Keystone)*

Unsere Gesundheitsversorgung verkaufen? Nein zur Privatisierung des Kantonsspitals Winterthur!

Die Gesundheitsdirektion des Kantons Zürich unter FDP-Regierungsrat Thomas Heiniger und mit ihm die bürgerliche Mehrheit des Kantonsrates wollen zwei zentrale Gesundheitsversorger im Kanton Zürich privatisieren. Am 21. Mai findet die Abstimmung statt über die Umwandlung des Kantonsspitals Winterthur KSW und der Integrierten Psychiatrie Winterthur/Zürcher Unterland IPW in Aktiengesellschaften. Beide Institutionen sind heute in öffentlicher Hand – das KSW als öffentlich-rechtliche selbständige Anstalt, die IPW als Verwaltungseinheit des Kantons.

Salamitaktik par excellence

Bereits vor Jahren wurde das KSW aus der Verwaltung des Kantons ausgegliedert und verselbständigt. Begründet wurde das damit, dass das KSW mehr Handlungsspielraum benötige, um fit für den Markt und die Herausforderungen der Zukunft zu werden. Nur ein paar Jahre später genügt das der bürgerlichen Mehrheit nicht mehr. In bester Salamitaktik wird der nächste Schritt eingeläutet: Regierungsrat Heiniger behauptet einen Interessenkonflikt des Kantons als Regulator und Anbieter. Der könne nur aufgelöst werden, indem man die Spitäler privatisiere. Als ob bei Polizei oder Schulen der Kanton nicht ebenso Regulator wie Anbieter wäre.

Im Gesundheitswesen des Kantons Zürich soll nun mit KSW und IPW gleich ein doppeltes Experiment stattfinden. Schon 5 Jahre nach einer Annahme der Privatisierungsvorlagen und der Umwandlung in Aktiengesellschaften kann der Kanton bis zu 49 Prozent der Aktien an Private verkaufen – ohne dass dafür eine Abstimmung nötig wäre. Und es ist der erklärte Wille von Regierungsrat Heiniger, diese Aktien auch tatsächlich schnellstmöglich zu verscherbeln. In der ursprünglichen Vorlage war sogar eine Verkaufssperre von nur zwei Jahren vorgesehen.

Es ist absehbar, dass bei einer Privatisierung ökonomische Grundsätze die Ausrichtung der beiden Spitäler bestimmen würden. Wenig lukrative Versorgungsfelder wie die Geriatrie, die Kindermedizin oder die Akutpsychiatrie sind schnell in Gefahr, auf das absolute Minimum reduziert zu werden. Patientinnen und Patienten, ihre Angehörigen und das Personal werden das zu spüren bekommen, sollten die finanziellen Ziele einmal nicht erreicht werden. Und auch die Steuerzahlerinnen und Steuerzahler werden wieder zur Kasse gebeten werden, wenn die Aktiengesellschaft einmal nicht mehr rentabel genug ist. Nachdem dereinst die Gewinne privatisiert sind, dürfen wir mit Steuergeldern wieder für die Verluste aufkommen und das Spital retten, um die Gesundheitsversorgung sicherzustellen und die Arbeitsplätze zu bewahren.

Das KSW und die IPW sind heute gut aufgestellt und flexibel. So hat das KSW eben erst einen Jahresgewinn von 29,5 Millionen Franken ausgewiesen (fast eine Verdoppelung gegenüber dem Vorjahr), und der extern ausgewiesene Betriebsertrag stieg gegenüber dem Vorjahr um satte 7,0 Prozent. Die Situation von KSW und IPW belegt, dass öffentlich-rechtliche Gesundheitsinstitutionen eine gute Versorgung sicherstellen und erfolgreich wirtschaften können – und dass die Argumentation zugunsten einer Privatisierung Augenwischerei ist.

Renditen und Dividenden

Kein Wunder ist derweil, dass sich bei solchen Anlagerenditen grosse internationale Spitalketten und andere private Anleger für diese Betriebe interessieren. Aber wollen wir unsere Gesundheitsversorgung wirklich denjenigen in die Hände geben, die in erster Linie an Rendite und Dividenden für die Aktionäre interessiert sind? Wollen wir wirklich unsere Gesundheit verkaufen? Wollen wir zulassen, dass sich die Gesundheitsdirektion und die bürgerlichen Parteien zu Handlangern dieser privaten Kapitalinteressen machen können?

Für eine starke Gesundheitsversorgung in Winterthur und im Kanton Zürich braucht es am 21. Mai ein entschiedenes Nein zu beiden Vorlagen.

Welche Spitäler – welches Gesundheitswesen: Gespräch mit Roland Brunner, Bettina Dauwalder und Elvira Wiegers

«Es braucht alle für ein gutes Spital»

Im Kanton Zürich droht die Privatisierung eines Kantonsspitals. In Bern ist ein neuer GAV unter Dach und Fach. Handelt es sich dabei um divergierende Entwicklungen oder nur um eine zeitliche Verschiebung? Wird das Personal auseinanderdividiert? Das *VPOD-Magazin* sprach mit Spezialistinnen im Verband. | **Interview und Fotos:** *Christoph Schlatter*

***VPOD-Magazin:* Die Spitallandschaft Schweiz ist in den letzten Jahren extrem unübersichtlich geworden. Die Rechtsform sagt noch nichts über die Besitzverhältnisse. Es ist nicht einfach, den Überblick zu behalten …**

Elvira Wiegers: Das grosse Auseinanderklaffen haben wir auch anlässlich unseres Aktionstags Gesundheit im November festgestellt. Rechtsform, Besitz, Finanzierung, Regulierung, Spitaldichte, überlebende Regionalspitäler – alles von Kanton zu Kanton verschieden. Und alles in Bewegung.

Bettina Dauwalder: Die Unterschiede sind historisch bedingt. Es ist keineswegs überall eine schlichte Entwicklung von «öffentlich» hin zu «privat». Bei uns im Kanton Bern etwa waren die öffentlichen Spitäler zu keiner Zeit kantonale Anstalten. Das Universitätsspital war eine Stiftung; die Regionalspitäler wurden meist durch Gemeindeverbände getragen. Kantonales Recht galt weder hier noch dort. Heute sind die Berner Spitäler gemeinnützige Aktiengesellschaften. Das Gesetz schreibt vor, dass mindestens 51 Prozent in Kantonsbesitz bleiben müssen; der Kanton hält aber immer noch 100 Prozent. Der aktuelle Zustand ist bereits das Resultat einer Reglementierung: Der Kanton holte die Spitäler unter seine Fittiche. Und uns ist es gelungen, in diesem politischen Prozess einen GAV durchzusetzen. Für die regionalen Spitalzentren gilt er seit 2000. 2018 konnten wir die «Insel» und die Psychiatrischen Kliniken ins Boot holen.

Im Kanton Zürich, wo aktuell die Auseinandersetzung über die Privatisierung des Kantonsspitals Winterthur geführt wird, scheint aber ein klarer Drall in Richtung Privatisierung zu existieren.

Roland Brunner: Die Tendenz geht eindeutig hin zur Privatisierung – sowohl bei der Rechtsform als auch in den Besitzverhältnissen. Dieser Prozess ist politisch gewollt; treibende Kraft in Zürich ist FDP-Regierungsrat Thomas Heiniger. Und die Grundlage ist die Ökonomisierung des Gesundheitswesens mittels Fallpauschalen. Diese Dynamik erfasst alle Spitäler, ob privat oder öffentlich.

Dauwalder: Wobei man wiederum nicht sagen kann, dass die Fallpauschalen unweigerlich und direkt zur Privatisierung führen. In der Westschweiz spricht gottlob niemand von einem Verkauf der Kantonsspitäler. Offensichtlich kann man mit dem nötigen politischen Willen auch mit dem heutigen Finanzierungssystem ganz gut leben. Aber es ist schon so: Es herrscht derzeit eine neoliberale Ideologie vor, die alles durchdringt.

Brunner: Ja, und die Fallpauschalen sind Ausdruck dieser Ideologie, die das Gesundheitswesen für Anleger zum rentablen Markt machen will, bei dem alles nach Franken und Rappen zu rechnen ist. Patientenwohl oder Volksgesundheit geraten in den Hintergrund. Auch die öffentlichen Spitäler müssen sich immer mehr dieser Logik beugen.

> «Die Fallpauschalen sind Ausdruck jener Ideologie, die alles zu einem Markt machen will.»

Wir sprechen von Ökonomisierung. Aber viele erleben in erster Linie einmal eine Bürokratisierung. Die Fallpauschalen schneiden ja das an sich kontinuierliche System in einzelne, handelbare Portionen zu – und das erfordert wiederum einen bürokratischen Apparat, der wächst und wächst, zulasten der Arbeit «am Bett».

Brunner: Mit einem Skalpell lässt sich Leben retten und Leben beenden. Es ist nicht das Skalpell, das entscheidet. Standardisierungsprozesse sind nicht per se schlecht, sie können im Interesse der Patientinnen und der Pflegenden oder eben im Interesse von Rationalisierung und Rendite eingesetzt werden.

Dauwalder: Und die Bürokratisierung kann ebenso gut bei der öffentlichen Hand veranstaltet werden. Ich nenne nur das Stichwort «New Public Management».

Aber es gibt doch Branchen, auf die solche Normierung einfacher anzuwenden ist. Der Versuch, Fehlanreize auszuschalten, macht das DRG-Handbuch immer dicker.

Brunner: Der Unterschied zwischen einem Menschen und einem Auto ist ja nicht nur, dass beim Auto die Beule nach innen geht. Mit Fliessband und Robotern lässt sich die Autoindustrie auf Kosten der Arbeitskraft Mensch rationalisieren. Aber man kann Menschen so nicht schneller heilen oder schneller ausbilden.

Wiegers: Daher stellt sich die Frage nach den treibenden Kräften im System. Für Deutschland zeigt eine Studie, dass die Krankenhäuser in der Privatisierungsphase ihre Effizienz zwar durchaus gesteigert haben – aber schlicht und ergreifend durch Personalabbau und Lohndrückerei mittels Auslagerung.

Dauwalder: Wo sonst will eine Branche denn sparen, bei der 70 Prozent der Kosten Personalkosten sind … *Wir* sind überzeugt, dass die Vormacht der Ökonomie dem Gesundheitswesen schadet. Die neoliberalen Vertreter finden das genaue Gegenteil: Ein 64-Milliarden-Markt scheint ihnen wie gemacht für ihre Investitionen. Sie schauen sich nach den lukrativen Teilen um und brechen diese aus dem System heraus. Das Problem dabei: Es droht eine krasse Zweiklassenmedizin.

Brunner: Das Gesundheitswesen gehört zu den wenigen Orten, an denen sich zeigen lässt, was Rosa Luxemburg als «innere Kolonialisierung» bezeichnet hat. Weil es keine Kolonien mehr gibt, die man erobern und ausbeuten kann, sucht das Kapital andere Märkte. Wo soll es – inklusive unserer Pensionskassen-Milliarden – denn noch hin? Nur im Menschen-, im Drogen- und im Waffenhandel ist heute so viel Rendite in Sicht wie im Gesundheitswesen. Die Schlagzeilen belegen es: «Kantonsspital Winterthur: Mehr Patienten, mehr Gewinn» oder «Swiss Medical Network: Die Privatklinik-Gruppe ist hochrentabel» usw. Die Frage lautet: Wollen wir eine gute Gesundheitsversorgung? Oder gute Spitalrenditen?

Auf ARD lief gerade eine TV-Serie «Charité» über das gleichnamige Berliner Spital, die ein

lebendiges Bild vom Gesundheitswesen 1888 zeichnet. Zwar gibt es Klassenunterschiede und grosses Elend der Unterschichten. Aber auch die Reichen sterben noch, einfach in Plüsch, an Tuberkulose oder Diphtherie.

Dauwalder: Dass wir hervorragende Spitäler haben, sagt uns jede Studie! Trotzdem lassen sich Aspekte von Zweiklassenmedizin nicht übersehen. Wer muss wie lange auf die Operation warten? Wen operiert der Chef (oder eine der seltenen Chefinnen)? Wen behält man danach noch etwas länger? Und wer muss – auch als Hochbetagte – das Krankenbett verlassen und im Familienstress huschhusch eine Anschlusslösung suchen?

Brunner: Wir haben ein gutes Gesundheitssystem, *weil* es nicht privatisiert ist. Deutschland, Grossbritannien oder die USA zeigen, was Privatisierungen mit dem Gesundheitswesen und den Menschen machen.

Beim Personal sieht es auch bei uns nicht gut aus: Es herrscht extremer Druck wegen unbesetzter Planstellen und enormer Fluktuation. Diejenigen, die die Burnouts von heute auffangen, sind die Burnouts von morgen …

Dauwalder: Das trifft vielerorts zu. Aber es gibt auch Orte, wo es besser läuft. Und diese schleichende Zweiklassenbehandlung bezüglich Personaletat macht mir Sorgen. Es gibt Bereiche, mit denen ein Spital Geld verdient. Dort werden nach meiner Erfahrung auch die nötigen Stellen gesprochen. Schwieriger ist die Lage in den Abteilungen, die keine Gewinne schreiben können, etwa in den Kinderkliniken oder der inneren Medizin.

Brunner: Die Personalfluktuation im Gesundheitswesen ist jedenfalls extrem hoch, wie auch die Obsan-Studie zeigt. Viele nehmen Lohnverlust durch Teilzeitarbeit in Kauf, weil ein Vollzeitjob einfach nicht auszuhalten ist. Und dann gibt es ein Phänomen, das ich als Florence-Nightingale- oder Mutter-Teresa-Syndrom bezeichnen möchte: Viele Pflegende identifizieren sich so stark mit ihrem Beruf als Dienst am Menschen, dass sie alles auffangen, was im System schiefläuft. Sie puffern alles ab, damit die Patientinnen ja nichts merken vom Druck, der im System herrscht. Bis sie selber kaputt gehen.

Man nützt die weibliche Opferbereitschaft aus?

Dauwalder: Eine despektierliche Formulierung!

Wiegers: Ich frage mich aber schon, warum es trotz einem so gravierenden Personalnotstand nicht gelingt, mehr herauszuholen:

«Viele Pflegende sehen sich als Puffer und fangen allen Druck auf, bis sie selbst nicht mehr können.»

bessere Arbeitsbedingungen, ein besseres Lohnniveau, eine bessere Abgeltung von Sonderdiensten? Nach allen Regeln der Ökonomie müsste der Nachfrageüberhang solche Effekte haben.

Brunner: Die sind für einen Teil der Beschäftigten durchaus real. Wenn die Lohnsumme sinkt, heisst das nicht automatisch, dass alle weniger verdienen. Wo auf einer Abteilung anstelle von 5 qualifizierten Pflegefachpersonen neu nur noch 2 Diplomierte sind und dazu 3 FaGe eingesetzt werden, wird Geld gespart, selbst wenn die Diplomierten eine kleine Lohnerhöhung bekommen. Sie werden aber schnell merken, dass dieses kleine Plus im Geldbeutel die zusätzliche Verantwortung und den gestiegenen Druck nicht wettmacht. Gespart und gedrückt wird aber vor allem in der Hotellerie, der Hauswirtschaft, der Reinigung.

Wir müssen hier wohl ehrlicherweise einräumen, dass auch die gewerkschaftliche Durchdringung noch nicht die gewünschte Stärke hat.

Brunner: Der Organisationsgrad ist nur *ein* Faktor. Traditionen spielen ebenfalls eine Rolle. Die Bauarbeiter etwa bringen meist eine Streikkultur aus ihren Herkunftsländern mit. Und sie können eine Baustelle relativ einfach lahmlegen, ohne dass jemand zu Schaden kommt. In einem Spital ist das alles viel komplizierter. Schon sind wir wieder bei Florence Nightingale …

… oder bei den «Wärterinnen» der «Charité» von 1888, die angehalten waren, sich aus christlicher Nächstenliebe in 16-Stunden-Tagen aufzuopfern. Ausgang nur am Sonntagnachmittag …

Brunner: Im Unterschied zu damals gibt es heute Auswege aus der Misere, aber es sind leider vor allem individuelle Auswege. Dass man kollektiv etwas erreicht, scheint vielen nicht mehr realistisch. Da wechseln sie lieber den Betrieb, um so zu einer Lohnerhöhung zu kommen. Und wenn sie nach zwei Jahren an ihr altes Spital zurückkehren, haben sie 1000 Franken mehr.

Lohnverhandlungen mit den Füssen, sozusagen …

Dauwalder: Dem ist so: Vor allem mit Stellenwechseln lässt sich etwas herausholen. Trotzdem teile ich die hier verbreitete Skepsis nicht ganz. Gewiss, in einer typischen Frauenbranche geht es anders zu als auf dem Bau. Aber auch hier jagt es, wenn der Druck gross genug ist, irgendwann den Deckel vom Topf. Und das ist dann der Fall, wenn es dauernd zu wenig Personal hat und dann zum Bei-

Von links: Elvira Wiegers ist als VPOD-Zentralsekretärin für den Gesundheitsbereich zuständig. Bettina Dauwalder (Bern) und Roland Brunner (Zürich) betreuen die Branche in ihrer Region.

spiel noch eine Grippewelle kommt. Lassen die Vorgesetzten in dieser Phase die nötige Wertschätzung vermissen, kippt die Stimmung. Frauen sind geduldig – meiner Meinung nach *zu* geduldig. Aber alles lassen sie sich nicht bieten. Und mit wütenden Pflegenden, ob organisiert oder nicht, lässt sich dann viel erreichen.

Wiegers: Unser Aktionstag hat uns vor Augen geführt, dass es nicht funktioniert, wenn wir ein gewerkschaftliches Programm quasi von oben her überstülpen. Bewegung muss vor Ort entstehen, und dann müssen wir im Augenblick reagieren und zur Stelle sein.

Brunner: Die Lebens- und Arbeitswelten der Menschen haben sich ebenfalls ausdifferenziert. Die zusatzausgebildete Hochqualifizierte steht anders im Leben als die Assistentin, und für die Zweitverdienerin sieht die Welt anders aus als für die Alleinerziehende.

Das Auseinanderdividieren betrifft auch die Berufsgruppen. Der Berner Spital-GAV, der von der Ärzteschaft bis zur Küche alle umfasst, ist die löbliche Ausnahme. Aber all die Auslagerungen, etwa der Reinigung, führen ja auch dazu, dass sich die einzelnen nicht mehr als Teil eines Ganzen sehen.

Dauwalder: Die Auslagerungen machen auch mir Sorgen. Reinigung und Küche sind immer zuerst bedroht, aber es geht auch um Bereiche wie Labors oder Physiotherapie. Diese Kämpfe stehen uns grösstenteils noch bevor. Wir werden gefordert sein, früh genug ein Bein in die Tür zu bekommen. Wir müssen darauf beharren, dass es alle braucht für ein gutes Spital. Es gilt, Solidarität herzustellen zwischen jenen, die direkt bei den Patientinnen und Patienten arbeiten, und den anderen. Die Sprache der Spitalleitungen spricht hier Bände: Für die im «Kerngeschäft» wollen sie attraktiv sein; die nötigen Mittel dafür könne man bei jenen einsparen, die in den Spitälern deutlich besser gestellt sind als in ihrer Branche allgemein.

An den Flughäfen haben wir durch Zerschlagung und Aufsplitterung heute die Situation, dass sich unterschiedliche Anbieter gegenseitig Konkurrenz machen, zum Beispiel in der Gepäckverarbeitung. Ist so etwas auch am Spital denkbar?

Dauwalder: Teilweise ist es sogar bereits eine Realität, ganz sicher im ICT-Bereich. Aber solche Konkurrenz, das muss man deutlich sagen, macht das Gesundheitswesen nicht billiger.

Brunner: Bei der öffentlichen Hand – sprich: den Steuerzahlenden – bleibt hängen, was nicht genügend Rendite abwirft. Es ist die alte Maxime: «Gewinne privat, Verluste dem Staat.» In Zürich soll das Kantonsspital Winterthur privatisiert werden, weil es Gewinn macht. Ein Spital, das nicht rentiert, will niemand privatisieren.

«Die Maxime lautet einmal mehr ‹Gewinne privat, Verluste dem Staat›.»

Wiegers: Warum dann aber die Auslagerung der Psychiatrie? Es ist ja wohl allgemein bekannt, dass die Psychiatrie nicht rentabel ist. Es sei denn, man macht daraus ein Burnout-Zentrum für Manager oder eine Betty-Ford-Klinik für deren Ehefrauen …

Die Hirslanden-Gruppe brüstet sich, sie könne die Stadtzürcher Spitäler billiger betreiben, als die Stadt das tut. Wie das?

Wiegers: Ein Spital macht mit Privatversicherten einen schönen Profit. Die Behandlung von Allgemeinversicherten dagegen ist nicht kostendeckend, einige Bereiche, auch die Kindermedizin, sind chronisch unterfinanziert. Im geringen Anteil der Allgemeinversicherten liegt der Grund, warum das Hirslanden mit seinen Kliniken Profit erzielt; man behandelt dort zu drei Vierteln Zusatzversicherte. Dass sie auch im Triemlispital gewinnbringend wirtschaften könnten, ist reine Behauptung.

Dauwalder: Gewinn würden sie mit Auslagerungen und mit Lohndruck machen. Das haben wir im Kanton Neuenburg mit Genolier gesehen. Wäre das die Art von Gesundheitsversorgung, die wir wollen? Dass die Gewinne ins Portemonnaie von irgendwelchen Aktionären abfliessen? Hirslanden ist ein weltweit agierendes börsenkotiertes Unternehmen, und die Investoren sitzen in Südafrika.

Brunner: Ein Markt richtet sich nach den Bedürfnissen und Wünschen der kaufkräftigen Patientinnen – und nicht nach dem Bedarf aller. Das, wonach die finanzstarke Kundschaft fragt, wird ausgebaut. Anderes wird reduziert.

Von einer «informierten Kundschaft» kann man allenfalls in Randbereichen sprechen. Bei einer Schönheitsoperation vielleicht: Die Kundin sagt: «Ich lass mir die Brust machen», und schaut die verschiedenen Kliniken an, da gefällt ihr der Doktor, dort ist die Aussicht schön. Aber das entspricht ja nicht dem Wesen der Branche. Typisch ist doch, dass ich eben gerade keine Wahl habe. Nicht nur wenn ich als Notfall bewusstlos eingeliefert werde, sondern auch mit einem Krebs oder einem kaputten Knie. Ich bin nicht in der Lage zu beurteilen, ob das ein guter Rat ist oder nicht, sofort zu operieren. Es geht nicht ohne Vertrauen. Der Arzt, die Ärztin muss nicht in erster Linie nett sein, sondern gut.

Dauwalder: Richtig: Wenn ich als Kranke komme, bin ich darauf angewiesen, in gute Hände zu gelangen. Faktisch werde ich bei planbaren Eingriffen auf meine Hausärztin hören, der ich vertraue. Sie wird mich in die eine Klinik schicken, weil die dortige Chirurgin eine Studienkollegin ist, oder in eine andere, wo sie den Chefarzt kennt. Der Wunsch nach schweizweiter Spitalwahl scheint mir übrigens keineswegs ausgeprägt. Fast alle möchten doch möglichst nah vom Wohnort behandelt werden.

Wiegers: Es verhält sich hier nicht anders als bei den Krankenkassen. Wenn letztlich überall die gleich guten Leistungen geboten werden, ist es absurd, diesen jährlichen Wechsel-

reigen zu entfesseln. Ich möchte nochmals auf die «Charité» zurückkommen, und zwar auf das Spital von heute. Wie ihr wisst, sind einige der von uns kritisierten Entwicklungen in Deutschland bereits weiter fortgeschritten.

Es wurde fallpauschalisiert und privatisiert und ausgelagert, bis der Arzt kommt …

Wiegers: Und die Zustände auf den Stationen sind teilweise unhaltbar geworden. Da ist es ein grosser Fortschritt, wenn – wie es Verdi an der «Charité» letztes Jahr gelungen ist – in einem Tarifvertrag verbindliche Personalschlüssel durchgesetzt werden. Also faktisch: mehr Personal! Und die Spitalleitung ist damit einverstanden im Wissen, dass die Krankenkassen die zusätzlichen Kräfte nicht abgelten werden. Auch die Direktion hat also eingesehen, dass sie nicht beliebig auf dem Buckel der Beschäftigten wirtschaften kann. Das ist erfreulich: Es lässt sich etwas erreichen, wenn wir am Ball bleiben.

Dauwalder: Auch bei uns leidet das Personal unter Auswirkungen der Fallpauschalen. Diese erzeugen einen Druck, die Patienten mit einer bestimmten Diagnose genau so lang im Haus zu behalten, bis das Optimum aus der Pauschale herausgeholt ist. Das Personal soll

«Werden etwa die Feuerwehrmänner nur dann bezahlt, wenn es brennt?»

dann antanzen, wenn die Betten belegt sind, es soll heimgehen, wenn die Betten sich leeren. Habt ihr, sage ich jeweils zu «meinen» Frauen, jemals davon gehört, dass die Männer in den Feuerwehrkasernen nur bezahlt werden, wenn es brennt? Nein, die sind da, die trainieren, die üben, die halten die Gerätschaften in Schuss. Im Spital sind wir hingegen oft an der Grenze zu Arbeit auf Abruf. Das Pflegepersonal wird als Manövriermasse ausgenutzt.

Brunner: Auch durch die Freistellung auf Verfügung. Um 14 Uhr heisst es: «Es braucht dich nicht mehr, geh heim!» Schön und gut, aber der Rest des plangemäss vorgesehenen Dienstes muss als Arbeitszeit zählen! Das OR spricht in diesem Fall von einem Annahmeverzug des Arbeitgebers. Dieser bleibt zur Zahlung des Lohns verpflichtet.

Dauwalder: Es kommt dabei aber auch sehr auf den Umgangston an. Wer im Spital arbeitet, weiss, dass nicht alles planbar ist. Manchmal wird man aus dem freien Tag geholt, manchmal wird man nicht gebraucht. Die Beschäftigten haben diesbezüglich eine hohe Toleranz, solange sie Respekt spüren. Das bedeutet, dass das Spital eben auch auf ihre Ferienwünsche Rücksicht nimmt, dass es Müttern mit Betreuungsaufgaben entgegenkommt, dass fixe Freitage abgemacht werden können. Wo aber schlechte Planung und schlechter Stil zusammentreffen, geht diese Bereitschaft naturgemäss verloren.

Brunner: Ausnahmesituationen müssen Ausnahmesituationen bleiben. Wenn man permanent im roten Bereich fährt und das zur Normalität erklärt, läuft etwas schief. Ebenso, wenn das Personal für das wirtschaftliche Ergebnis in Geiselhaft genommen wird. Am Kantonsspital Winterthur beispielsweise sollten zusätzliche Ferientage an den Betriebserfolg gekoppelt werden – obwohl das Personal auf diesen ja überhaupt keinen Einfluss hat.

Dauwalder: Genau: Die Akquisition von Patienten gehört sicher nicht ins Pflichtenheft des Pflegepersonals!

Wiegers: Sippenhaftung!

Brunner: Sie haben dann für das laufende Jahr die volle fünfte Ferienwoche bekommen, weil das Spital gute Zahlen schreibt. Aber nur schon die Idee …!

Dauwalder: Auch die dauernden Negativ-News von wegen «Budget nicht eingehalten» drücken auf die Moral! Das gibt der Belegschaft das Gefühl, sie sei schuld an Unterbelegung. Es müssen dann auf Teufel komm raus Betten belegt werden …

Wiegers: … und trotzdem reicht es nie. Offensichtlich will man die Beschäftigten aus einer Service-public-Mentalität ins Profitdenken überführen.

Es läuft die letzte Viertelstunde unseres Gesprächs. So langsam müssten wir auf die Lösungsansätze kommen. Was ist zu tun?

Dauwalder: Da ist zum einen die politische Ebene. Wir haben zig Vorstösse auf kommunaler, kantonaler und nationaler Ebene lanciert, um den öffentlichen Spitälern ihre Finanzierung zu sichern und Mindeststandards für die Arbeitsbedingungen festzulegen. Nicht nur für eine ausgewählte Gruppe, wie das die neue Volksinitiative des SBK will, sondern für das ganze Spital. Aber die politischen Mehrheiten sind oft schwer zu beschaffen.

Wiegers: Auch bei den Fallpauschalen müssen wir dranbleiben. Das DRG-System hat bisher den Beweis nicht erbracht, das Gesundheitswesen günstiger oder effizienter zu machen.

Du möchtest also die Fallpauschalen wieder abschaffen?

Wiegers: Einstweilen geht es darum, das System an seinen grossspurigen Behauptungen zu messen.

Dauwalder: «Weg mit den DRG!» wäre natürlich eine prägnante Forderung. Aber dazu müssten wir ein taugliches Gegenprojekt in petto haben. Wie soll die Finanzierung dann erfolgen? Das System allein verhilft uns noch nicht zu einer besseren Personaldecke am Bett.

Was uns besonders sauer aufstösst, ist doch, wenn öffentliches Geld aus dem System abgegriffen und in private Taschen gelenkt wird. Wie es die Hirslanden-Gruppe tut. Müssten wir nicht eine Regelung analog zum öffentlichen Verkehr durchsetzen? Dort ist es gelungen, die internationalen Konzerne von der Schweiz fernzuhalten.

Dauwalder: Auf jeden Fall braucht es Transparenz.

Wiegers: Die Kantone müssten die Bedingungen verschärfen, die ein Spital erfüllen muss, um auf die Spitalliste zu kommen. Wenn ein

«Es braucht schärfere Bedingungen für die Aufnahme in die Spitalliste.»

Mindestanteil Allgemeinversicherter – beispielsweise 50 oder 60 Prozent – vorgeschrieben ist, lassen sich wenigstens die extremsten Auswüchse verhindern.

Es wird nicht einfach sein, die politischen Mehrheiten dafür zu gewinnen. Der Kanton Neuenburg wurde bereits angesprochen: Dort haben wir einen Streik verloren, der sich um die Frage der Spitalliste drehte. Der Kanton hatte die Spitalfinanzierung an die Einhaltung des GAV gekoppelt. Der Multi Genolier wollte diese Bedingung nicht einhalten. Und soeben, diese Woche, ist der GAV ganz aus dem Neuenburger Spitalfinanzierungsgesetz gestrichen worden (wogegen der VPOD das Referendum ergreift).

Brunner: Ja, es herrscht Gegenwind. Wir tun, was wir tun können, aber es sind noch andere – finanzstarke – Kräfte im Spiel. Trotzdem werden wir alles unternehmen, was dem Personal Entlastung und Sicherheit verschafft.

Dauwalder: Und alles tun, damit das Geld im System bleibt und nicht abgeschöpft wird. Eine Stossrichtung beispielsweise: Ein Spital, das öffentliche Dienstleistungen anbietet, muss seine Gewinne reinvestieren …

Wiegers: … damit es auf der Liste bleibt.

Brunner: Einverstanden, aber der Gewinn darf nicht der erste Treiber sein.

Berlin will Schwarzfahrer nicht als Lehrer

Das Landesarbeitsgericht Berlin hat dem Land Berlin recht gegeben, das einen als Schwarzfahrer vorbestraften Lehrer nicht einstellen wollte. Dem Mann war die Stelle bereits zugesagt, als herauskam, dass gegen ihn eine rechtskräftige Verurteilung vorlag: Er hatte ohne gültigen Fahrausweis die S-Bahn benutzt und, als die Kontrolle kam, einen gefälschten Fahrschein vorgezeigt. Berlin gehe zu Recht davon aus, dass es dem Kandidaten an der «erforderlichen charakterlichen Eignung» für den Beruf fehle, sagt das Gericht in einem nicht revidierbaren Urteil. | *slt (Foto: ohneski/photocase.de)*

Schwamm drüber? Nee: Berlin lehnt Lehrer wegen Vorstrafe ab.

«Schlitzer»-Inserat ist rassistisch

Endlich gibt es Klarheit im Fall der SVP-Anzeigenkampagne «Kosovaren schlitzen Schweizer auf». Mit dieser Zeile machte die SVP 2011 für ihre sogenannte Masseneinwanderungsinitiative Propaganda. Das Bundesgericht bezeichnet das doppelzüngige Spiel nun als rassendiskriminierend. Man erinnert sich: Das Inserat zeigte Kampfstiefel, die über eine Schweizer Fahne laufen, unter dem Satz «Kosovaren schlitzen Schweizer auf». Nur im Kleingedruckten wurde der Bezug zu einem konkreten Vorfall in Interlaken hergestellt, wo ein kosovarischer Staatsangehöriger in Begleitung eines Landsmanns einen Schweizer mit einem Messer am Hals verletzt hatte. Strafbar macht sich laut Antirassismus-Strafnorm, «wer öffentlich gegen eine Person oder eine Gruppe von Personen wegen ihrer Rasse, Ethnie oder Religion zu Hass oder Diskriminierung aufruft». Das Bundesgericht kam zum Schluss, dass Martin Baltisser und Silvia Bär, damals SVP-Generalsekretär bzw. dessen Stellvertretung, das getan haben. Im fraglichen Satz sollte «Kosovaren» als Volksgruppe (und nicht als «zwei bestimmte Kosovaren») gelesen werden; dieses Verständnis war offenkundig gewollt – und damit auch die Darstellung dieser «Kosovaren» als besonders gewalttätige Gruppe. Das Urteil ist rechtskräftig, weil die Verurteilten es nicht nach Strassburg ziehen wollen. | *slt*

Susi Stühlinger Duschen mit Doris

Draussen regnet es, das Licht in der Kneipe ist gedämpft. Also gedämpfter als sonst. Kneipenwirt Mario stellt Kerzen auf Tische und Tresen. Nicht etwa um der Stimmung willen, die Glühbirnen sind ihm ausgegangen. Gewöhnt euch schon mal dran, sagt Mario, wenn dieses neue Energiegesetz kommt, kann ich mir den Strom für Beleuchtung sowieso nicht mehr leisten. Macht nichts, solange bloss das Bier kühl bleibt, sagt Koni. Man muss über Mario wissen: Er ist ein lieber Kerl und in seinen Ansichten zumeist durchwegs vernünftig, aber manchmal hat er so seine Eigenheiten. Grad wenn es um seine Beiz geht, die ja, wie leider so viele alte Kneipen, jetzt nicht gerade das Wirtschaftswunder erlebt, sondern eher mühsam von Leuten wie Koni, Doris und mir knapp über Wasser gehalten wird.

So ein Blödsinn, sagt Doris, reine Panikmache, eine moderate Vorlage, von der auch die Wirtschaft profitiert. Dass die Wirtschaft profitiert, ist Doris bekanntlich wichtig, wobei sie übersehen haben dürfte, dass der Profiteur im vorliegenden Kontext weder die Wirtschaft von Mario noch ihr Lädeli, sondern wohl hauptsächlich das Baugewerbe sein dürfte, das all die energieeffizienten Sanierungen vornehmen darf, die der Immobilieneigentümer – mitunter auch ein Gewerbe – subventioniert bekommt. Ja wart nur ab, bis wir alle fröstelnd unter der Dusche kauern, frotzelt Koni, in Anspielung auf die Plakatkampagne, die uns mithilfe einer näcktigen Frau weismachen will, dass die Reform der Bürgerin nicht nur immense Mehrkosten aufbürdet, sondern sie bei Engpässen auch noch eiskalt unter der Dusche stehen lässt.

Das verstehe er, Koni, nun wieder mal gar nicht, diese Kampagne. Da jammern die Rechten doch ständig über steigende Gesundheitskosten, dabei ist so eine kalte Dusche ja ungemein förderlich für den Kreislauf und beugt womöglich gar entsprechenden Erkrankungen vor. – Ja, man kann sich da schon auch erkälten, sagt Doris, die den Witz nicht kapiert hat, aber was da behauptet wird, das ist ja gar nicht wahr, und wenn jetzt nichts getan wird, sieht es düster aus für unseren Planeten, und schliesslich müssen wir auch an die kommenden Generationen denken und nicht nur an uns selbst, Mario, das musst auch du einsehen, sprudelt Doris, und Koni murmelt, dass es doch interessant sei, wie selektiv sie sich um das Schicksal kommender Generationen kümmere, wenn man sich anderer Gespräche an diesem Tresen entsinne, was Doris aber zum Glück nicht gehört hat.

Susi Stühlinger ist Autorin, Schaffhauser Kantonsrätin und Jusstudentin.

Wart's nur ab, sagt Mario, ich würde dich dann gern unter der Dusche sehen, schlotternd, das Shampoo noch in den Haaren, dann denkst du reuevoll, ach, wie recht der gute Mario doch hatte! Und während Koni herablassend einwirft, Mario solle sich lieber um seine Kernkompetenzen kümmern und uns nochmal ein Bier machen, meint Doris ungewohnt kokett: Das finde ich jetzt aber schade, dass du mich bloss unter solchen Umständen unter der Dusche sehen möchtest! Ähm, sagt Mario und pult einen Wachstropfen vom Tresen und, das Kerzenlicht mag trügen, errötet er gar ein bisschen?

Massenentlassungen in der Türkei

Nach der Verfassungsabstimmung in der Türkei, die Präsident Erdoğan als gewonnen für sich reklamiert, ist die Situation für die Opposition noch schwieriger geworden. Repressionen gegen Staatsangestellte, gegen die Wissenschaft, gegen Gewerkschaften und gegen kurdische Organisationen haben bereits nach dem misslungenen Putsch im Sommer 2016 stark zugenommen. Besonders der Bildungs- und der Gesundheitsbereich sind stark betroffen. Auch die Internetzensur schreitet voran; neuerdings ist auch das Internet-Lexikon Wikipedia von der Türkei aus nicht mehr erreichbar.

Die türkische Lehrergewerkschaft Eğitim Sen hat kürzlich neue Zahlen zur Suspendierungs- und Entlassungswelle veröffentlicht: Seit dem Putschversuch im Juli sind 105 000 Staatsangestellte, insbesondere linke, pro-kurdische Gewerkschafterinnen und Gewerkschafter, entlassen oder von der Arbeit suspendiert worden; rund ein Drittel davon Lehrerinnen und Lehrer. Ohne Vorankündigung erfahren sie von ihrer Suspendierung oder Entlassung nicht etwa persönlich, sondern via Listen, die von der türkischen Regierung im Internet veröffentlicht werden. Unter dem herrschenden Ausnahmezustand gibt es keine Möglichkeit, dagegen vorzugehen. Soeben wurde bekannt, dass über das 1.-Mai-Wochenende weitere 4000 Beamte auf die Strasse gestellt worden sind.

Für die Betroffenen, speziell für die Lehrkräfte bedeuten die Entlassungen faktisch ein Berufsverbot. An den staatlichen Schulen können sie nicht mehr arbeiten. Auch Privatschulen werden vor der Einstellung entlassener Lehrkräfte gewarnt. Die Lehrerinnen und Lehrer verlieren nicht nur ihre Arbeit, sondern auch ihre Krankenversicherung und ihre Pensionsansprüche. Die Türkei dürfen sie nicht verlassen.

Entlassen wurden auch rund 1500 Mitglieder der Eğitim Sen, darunter Vorsitzende und Vorstandsmitglieder auf nationaler und regionaler Ebene. Rund 10 000 Gewerkschaftsmitglieder sind suspendiert. Der türkische Staat zielt darauf ab, die Gewerkschaftsführung und die Mitglieder einzuschüchtern und zu demoralisieren. Innerhalb der linken und pro-kurdischen Gewerkschaften in der Türkei gibt es derweil einen beeindruckenden Willen, sich der Regierungspolitik entgegenzustellen.

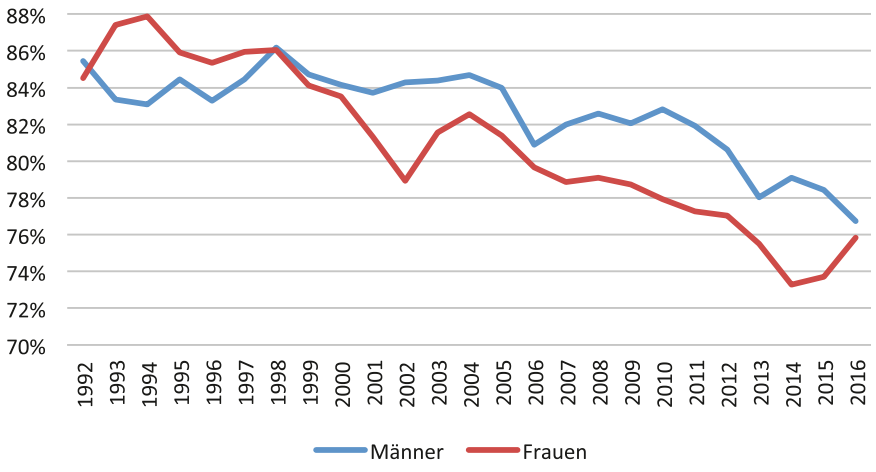
Der Solifonds ruft daher zugunsten der ihrer Existenz beraubten türkischen und kurdischen Kolleginnen und Kollegen zu Spenden auf (Konto: 80-7761-7, IBAN: CH52 0900 0000 8000 7761 7). Auch die Internationa-

Wirtschaftslektion Berufseinstieg mit Hindernissen

Der Einstieg der jungen Erwachsenen ins Berufsleben ist in den letzten 10 bis 15 Jahren schwieriger geworden. Viele von ihnen müssen Praktika machen, obwohl sie eine Ausbildung abgeschlossen haben. Oder sie sind gezwungen, temporär zu arbeiten – trotz bestandener Lehre.

Das spiegelt sich in den Statistiken. Heute haben mehr als 20 Prozent der Berufstätigen zwischen 15 und 24 Jahren nur einen befristeten Arbeitsvertrag. Vor 25 Jahren waren das nur knapp 10 Prozent – also weniger als die Hälfte. Umgekehrt ist der Anteil der 15- bis 24-Jährigen mit Dauerstelle von fast 90 auf heute unter 80 Prozent gesunken.

15- bis 24-jährige Berufstätige (ohne Lehrlinge) mit Dauerstelle
(in Prozent aller Erwerbstätigen zwischen 15 und 24 Jahren)



Viele junge Erwachsene stellen heute nach der Lehre fest, dass die Lohnperspektiven in ihrem Beruf mit den Lebenshaltungskosten nicht in Einklang zu bringen sind. Sie beginnen eine Zusatzausbildung. Insbesondere die Fachhochschulen haben starken Zulauf bekommen. In der Hoffnung, das künftige Einkommen zu verbessern, studieren heute gegen 100 000 Personen pro Jahr an den Fachhochschulen. Obwohl sich diese Ausbildungen an praktisch ausgebildete Personen richten, ist eine Berufstätigkeit neben dem Studium nicht vorgesehen.

Dementsprechend stehen weniger junge Erwachsene im Berufsleben. Bei den jungen Männern zwischen 15 und 24 Jahren waren 2016 beispielsweise nur noch 59,3 Prozent erwerbstätig. Das ist der tiefste Stand seit Erhebungsbeginn im Jahr 1991, als rund 70 Prozent der jungen Männer beruflich aktiv waren. Bei den Frauen ist der Rückgang etwas weniger ausgeprägt, weil die Berufstätigkeit der Frauen in allen Altersgruppen aufgrund der gesellschaftlichen Veränderungen steigt.

Diese Entwicklung wirft grundsätzliche Fragen auf. Sind die heutigen Ausbildungen noch richtig ausgestaltet, wenn die Absolventinnen und Absolventen danach keine Dauerstellen bekommen, sondern Praktika machen müssen? Sind die Fachhochschulen nicht zu verschult, wenn Personen mit abgeschlossener Berufslehre ihre Erwerbstätigkeit während dem Studium aufgeben sollen? Sind die heutigen Berufslehren noch zeitgemäss, wenn die Einkommensperspektiven danach unbefriedigend sind? Diese Fragen müssen geklärt werden. | *Daniel Lampart, SGB-Chefökonom*

le der öffentlichen Dienste PSI hat zur Solidarität mit den bedrängten Gewerkschaften aufgerufen. In einem Schreiben an den türkischen Gesundheitsminister hat sie bereits im vergangenen Jahr die Entlassung oder Suspendierung von öffentlich Angestellten angeprangert. Betroffen ist auch das Gesundheitswesen und die dortige Gewerkschaft SES: Tausende von Beschäftigten sowohl des nationalen Gesundheitsministeriums als auch von Spitälern sehen sich ebenfalls ihrer Arbeit und ihres Einkommens beraubt – und ebenso jeder Möglichkeit, rechtliche Schritte gegen die Verfügungen zu unternehmen. PSI fordert umgehende Wiedereinstellung der Suspendierten und Entlassenen. Auch hier gibt es die Möglichkeit, für die Kolleginnen und Kollegen in der Türkei zu spenden. Unter #SolidarityTurkey ist das auch online möglich. | *vpod (Foto: Cem Turkel/Keystone)*

Proteste gegen Erdoğans Verfassungsreform: Über 100 000 öffentlich Beschäftigte sind seit letztem Sommer suspendiert oder entlassen worden. Auf rechtsstaatliche Verfahren können sie nach der Abstimmung weniger denn je hoffen.

Wer war's? Die entlaufene Nonne

Die Zeitmaschine rattert gewaltig. Im 16. Jahrhundert hält sie an. «Ich würde meine X. nicht für Frankreich und Venedig dazu hergeben, denn Gott hat sie mir geschenkt und mich ihr gegeben», schreibt ein Ehemann über seine Ehefrau, die unseres heutigen Rätsels Lösung darstellt. Und: «Sie ist mir willfährig, gehorsam in allem, zuvorkommend mehr, als ich zu hoffen gewagt habe.» Der Biografie der Gesuchten, die aus sächsischem Landadel stammte, gab eine Flucht aus dem Kloster die entscheidende Wende: Die junge Nonne hatte dort zwar einiges gelernt, Lesen, Schreiben, Singen und ein bisschen Lateinisch. Aber sehr bald hatte sie, auch aufgrund der Lektüre gewisser Traktate, das beengte Leben im Orden satt. Sie türmte, zusammen mit mehreren Komplizinnen. Bei Nacht und Nebel fuhren die Abtrünnigen auf einem Planwagen davon, hinter (oder in?) Heringsfässern versteckt. In die Freiheit? Oder in die Vogelfreiheit?

Jedenfalls war erst einmal guter Rat teuer, denn es galt, eine neue Existenzgrundlage zu finden. Und für eine Frau in jener Zeit konnte das ausserhalb des Klosters nur eines heissen: ein Mann musste her – trotz aller Bedenken («Es wird schwer sein, sie unterzubringen, weil sie recht hoffärtig ist»). Der Hieronymus vielleicht? Den hätte sie schon genommen und er sie, aber seine Eltern waren gegen eine «Mönchshure». Dann der Kaspar? Der gefiel ihr nicht. Schliesslich wurde es doch derjenige, dessen Schriften die Flucht angestiftet hatten. Zwar hatte der ein Auge auf die Ave geworfen. Aber die wollte dann doch lieber den Basilius heiraten.

In der Rolle der Ehefrau war die Gesuchte «Geschäftsführerin eines gutgehenden mittelständischen Unternehmens», wie die *FAZ* geschrieben hat. Sie gebar 6 Kinder, von denen 4 das Erwachsenenalter erreichten. Sie versorgte die halbe Verwandtschaft und die ganze Studentenschaft ihres Mannes, wohl 40 bis 50 Personen, für die sie täglich zweimal warm kochte. Darüber hinaus trieb sie Landwirtschaft, hielt Vieh, bestellte Felder, braute Bier und pflegte Pestkranke. Gesinde wird mitgeholfen haben.

Über den geistigen Beitrag zum Schaffen ihres Mannes, das die Welt doch ordentlich durchschütteln sollte, ist nichts Genaues bekannt. Wohl aber darüber, wie wenig eine Frau in ihrer Zeit galt. Der Tod des Gatten bedeutete per sofort prekäre Existenz und Bevormundung. Auf der Flucht vor der Pest starb Frau X. an den Folgen eines Verkehrsunfalls. Wie immer gibt es Büchergutscheine zu 100, zu 50 und zu 20 Franken zu gewinnen, die unter den richtigen Lösungen zufallsverteilt werden. Mitmachen dürfen alle, die nicht auf der VPOD-Lohnliste stehen. Sie müssen ihre Postkarte bis am 22. Mai schicken an: VPOD, Redaktion, «Wer war's?», Birmensdorferstrasse 67, Postfach 8279, 8036 Zürich. | *slt*

Es war Andy Egli

Überaus zahlreiche Einsendungen diesmal: Der gutaussehende «Proletarier» unter den Schweizer Profifussballern war André «Andy» Egli. Er hat seinerzeit Pionierarbeit geleistet zum Aufbau einer Spielergewerkschaft – im Wissen, dass das breite Publikum jeweils nur die Spitzenverdiener wahrnimmt, während viele sich mühsam durchbeissen. Seine Organisation «Profoot» wurde 1996 wieder aufgelöst. Seit 2001 kämpft die Swiss Association of Football Players gegen Rassismus und Kunstrasen sowie für einen GAV. Als Spieler stand Andy Egli – mit kurzem Intermezzo bei Borussia Dortmund – über ein Jahrzehnt für die Grasshoppers im Feld. Für die Nationalmannschaft schoss er in 77 Spielen 9 Tore, keine schlechte Performance für einen Innenverteidiger. Gut getroffen haben auch Ursula Steinegger (Lupsingen), Elisabeth Benninger (Zürich) und Erika Glättli (Winterthur); die drei Fussballexpertinnen wurden mit Büchergutscheinen belohnt. | *slt*

VPOD-Landesvorstand vom 7. April 2017

Der Landesvorstand hat anlässlich seiner Sitzung in Lausanne

- über die Zukunft des VPOD-Ferienwerks «I Grappoli» gesprochen und die nächsten Schritte skizziert, u.a. eine Anhörung des Hoteldirektors zu seinem Businessplan.
- von der Aufgabenverteilung im Zentralsekretariat Kenntnis genommen.
- eine vorläufige Traktandenliste für die Delegiertenversammlung des Verbandes vom 17. Juni erstellt.
- die zentralen Diskussionspunkte der Retraite des Landesvorstandes vom 5./6. Mai in Aarau festgelegt.
- die ideelle Unterstützung der Initiative «Für eine starke Pflege» des Berufsverbandes SBK beschlossen.
- die Umsetzung der Verbandsbeschlüsse zur «Altersvorsorge 2020» diskutiert.

Stefan Giger, Generalsekretär

Aus dem Sozialbereich abgewandert?

Für eine Studie zu den Laufbahnen im Sozialbereich suchen die Dachorganisation SavoirSocial (wo auch der VPOD Mitglied ist) und das Eidgenössische Hochschulinstitut für Berufsbildung EHB Personen, die eine Ausbildung in einem sozialen Beruf abgeschlossen haben, aber nicht mehr darin arbeiten. SavoirSocial möchte zwecks besserer Steuerung (und Gegensteuerung) herausfinden, an welchem Punkt und warum qualifizierte Berufspersonen aus dem Sozialbereich aussteigen. Damit die Resultate der Untersuchung möglichst aussagekräftig werden, ist es wichtig, dass möglichst viele der «Abgewanderten» mitmachen. Unter www.ehb.swiss/dropout können die gesuchten Personen ab sofort bis im Juli 2017 an der Umfrage teilnehmen. Zudem besteht die Möglichkeit, sich für ein persönliches Interview zur Verfügung zu stellen.

Wohin des Wegs?

Es werden Personen gesucht, die nicht mehr im Sozialbereich tätig sind, aber eine der folgenden Ausbildungen abgeschlossen haben oder eine entsprechende Tätigkeit ausgeübt haben: Assistent/in Gesundheit und Soziales, Fachfrau/Fachmann Betreuung (früher: Sozialagoge/in, Betagtenbetreuer/in, Kleinkindererzieher/in), Sozialpädagoge/in, Kindererzieher/in, sozialpädagogische/r Werkstattleiter/in, Sozialarbeiter/in, Heil- und Sonderpädagoge/in, soziokulturelle/r Animator/in, Teamleiter/in in sozialen und sozialmedizinischen Institutionen, Migrationsfachfrau/-mann, Sozialbegleiter/in, Arbeitsagoge/in, Institutions-, Heim- oder Krippenleiter/in, Spezialist/in für die Rehabilitation von sehbehinderten und blinden Menschen, Blindenführhunde-Instruktor/in.

Die Umfrage ist Teil einer umfassenden Untersuchung, die zum Ziel hat, vertieftes Wissen über die Ausbildungs- und Erwerbsverläufe der Berufsgruppen in der Sozialen Arbeit zu gewinnen – mit dem Ziel, den Bedarf auf lange Sicht zu decken und die Qualität zu steigern. Mehr Informationen: savoirsocial.ch/projekte/laufbahnstudie. | *pd/vpod (Foto: Nenad Pitarevic/iStock)*

Rote Köpfe

Erfreuliches Wahlergebnis im Kanton Solothurn: Die SP hat ihren Sitz in der Regierung verteidigt – und die neugewählte **Susanne Schaffner** erhält sogar noch Verstärkung durch Birgit Wyss von den Grünen. Der VPOD gratuliert Kollegin Schaffner zur Wahl und freut sich, dass der Service public und seine Beschäftigten eine Stimme in der neuen Solothurner Regierung haben. Susanne Schaffner, als Bauerntochter in Däniken im Schatten des AKW grossgeworden, ist Politikerin und Rechtsanwältin aus Leidenschaft. «Wenn ich Menschen zu ihrem Recht verhelfen kann, die sonst nur wenig bis gar keine Chance gegen mächtige Organisationen haben, erfüllt mich das mit Genugtuung», schreibt sie auf ihrer Website.

Ebenfalls eine ehrenvolle Wahl geschafft hat **Martin Wyss**, Luzerner VPOD-Regionalsekretär. Sein neues Amt, das Präsidium des Luzerner Gewerkschaftsbundes LGB, war allerdings nicht so umstritten; Wyss war der einzige Kandidat für die Nachfolge von Giorgio Pardini. Als Kind eines Werkzeugmachers und einer Betagtenbetreuerin habe ihn das Arbeitermilieu schon als Kind geprägt, verriet Wyss der *Luzerner Zeitung*. Dass er zuerst eine Lehre als Polymechaniker absolvierte, ehe er das Soziologiestudium in Angriff nahm, passt in dieses Bild. In der Freizeit spielt der durchsetzungsstarke Kollege Handball bei Borba Luzern.

Wer **Stefan Giger** kennt, den VPOD-Generalsekretär, weiss, dass er ein unwahrscheinlich kenntnisreicher und gewissenhafter Mensch ist, der den Dingen auf den Grund zu gehen pflegt. Man muss da manchmal etwas mehr Zeit einplanen, wenn man eine Frage stellt: Denn zur Geschichte gehört zwingend die Vorgeschichte, und die versteht man auch nur, wenn man weiss, dass … Es gab daher da und dort Zweifel an der Eignung des Generalsekretärs zum 1.-Mai-Redner. Vollkommen zu Unrecht: Gigers Ansprache in Basel dauerte keine 10 Minuten. Ganz im Gegensatz zum nach ihm auftretenden **Heiner Flassbeck**. Der bekannte deutsche Wirtschaftswissenschaftler benötigte für seine Ausführungen – nicht ganz maifeiertauglich – über eine halbe Stunde.

Ein Thema für sich ist das Wetter am 1. Mai. Nach Jahrzehnten fast durchgängigen Sonnenscheins (gefühlt zwischen 1985 und 2010) ist **Petrus** nun offensichtlich in die Dienste des Klassenfeinds getreten. Seither regnet's. Heuer sogar im Tessin. Und in Le Locle gab es Schnee. Der schöne Nebeneffekt des nasskalten Wetters besteht darin, dass sich Krawall und Sachbeschädigung, sonst gewohntes Nebengeräusch in Zürich, diesmal in engen Grenzen hielten. Aber was ist das denn für eine perverse Berichterstattung bei **Tele Züri**? Daran hatten wir uns ja schon gewöhnt, dass Strassenschlachten einiger weniger die erste Stelle der News besetzt halten, auch wenn gleichzeitig 10 000 mit einem anderen Anliegen unterwegs sind. Dieses Jahr aber, wo die Krawalle ausblieben, rückt nicht etwa die Kundgebung wieder in den Vordergrund. Nein, man interviewt zunächst die enttäuschten Gaffer! | *slt (Fotos: zVg)*

Untaugliche Knausereien einer Altersheim-AG

T. will nicht länger warten

Dank dem VPOD erhielt T. nicht nur den Lohn für den letzten Arbeitsmonat, sondern auch die ausstehenden Anteile an der Ferienentschädigung und am 13. Monatslohn. Mit ihrem bockigen Verhalten schadete sich die Altersheim-AG letztlich selbst. | **Text:** *Sabine Braunschweig (Foto: zululord/photocase.de)*

Aufgepasst bei sozialen Institutionen, die als Aktiengesellschaft organisiert sind! Auch wenn im Folgenden ein Einzelfall geschildert wird, fragt sich, ob im Hintergrund das Schielen nach Profit eine Rolle gespielt hat. Kollegin T. arbeitete als ausgebildete Fachfrau Gesundheit in einem privat geführten, gewinnorientierten Altersheim. Ihr Arbeitspensum betrug durchschnittlich 60 Prozent. Der Bruttolohn lag bei 28 Franken pro Stunde, abzüglich aller Sozialversicherungsbeiträge. Der Nachtdienst, der 11 Stunden dauerte, wurde mit einem Betrag von 270 Franken pauschal entschädigt. Zusätzlich wurde vereinbart, dass die Ferienentschädigung und der 13. Monatslohn jeden Monat anteilsmässig ausbezahlt würden. T. hatte eine zweimonatige Kündigungsfrist. Termingerecht kündigte sie auf Ende Juli.

Abwarten und Tee trinken? Kollegin T. schaltete den VPOD ein, als ihr Geld nicht kam.

Vertrauensarzt bestätigt Diagnose

Obwohl sie sich zu diesem Zeitpunkt schon sehr krank fühlte, arbeitete sie noch einen Monat weiter und wurde dann für den letzten Arbeitsmonat krankgeschrieben. Trotz dem vorgelegten Arztzeugnis behauptete der Heimleiter, T. sei nicht wirklich krank, sie sei an einem Stadtfest gesehen worden. Wegen angeblicher Arbeitsverweigerung zahlte er ihr den letzten Monatslohn nicht aus und schickte sie zum Vertrauensarzt des Altersheims. Dieser bestätigte die im Arztzeugnis gestellte Diagnose und erachtete eine Rückkehr an den Arbeitsplatz als unzumutbar. Nun beschuldigte der Heimleiter seine Mitarbeiterin, sie sei während ihrer Krankheit einer Nebenerwerbstätigkeit nachgegangen. Deshalb stehe ihr der letzte Monatslohn nicht zu.

Mitte November. Dreieinhalb Monate waren seit dem Ende der Anstellung ins Land gezogen, und T. hatte weder das ihr zustehende Gehalt noch ein Arbeitszeugnis erhalten. Der eingeschaltete VPOD-Vertrauensanwalt stellte ein Schlichtungsgesuch an die Schlichtungsbehörde des Bezirks und listete detailliert auf, was der Arbeitgeber seiner früheren Angestellten schulde.

Gemäss Obligationenrecht hat der Arbeitgeber bei unverschuldeter Arbeitsunfähigkeit des Arbeitnehmers für eine beschränkte Zeit eine Lohnfortzahlungspflicht. Bei T., die fast zwei Jahre angestellt gewesen war, betrage die Dauer gemäss der kantonalen Skala einen Monat. Folglich habe der Heimleiter T. den gesamten letzten Monatslohn auszubezahlen. Der Betrag setze sich aus dem Durchschnittswert der letzten 12 Monate zusammen. Überdies habe sie häufig Nachtdienste übernommen, die pauschal, das heisst ohne Ferienentschädigung und ohne Anteil am 13. Monatslohn entlohnt worden waren. Die Heimverwaltung argumentierte, dass mit der Pauschalentschädigung alle Vergütungen vollständig abgegolten seien.

Doch der Anwalt zerpflückte diesen Punkt. Er rechnete vor: Die Pauschalentschädigung von 270 Franken für einen Nachtdienst deckt bei einem Stundenlohn von 28 Franken lediglich 9,64 Stunden des 11 Stunden dauernden Nachtdiensts ab. Dies werde mit der Möglichkeit des Ausruhens und der reduzierten Arbeitsleistung gerechtfertigt und sei hinzunehmen. Aus dem Arbeitsvertrag gehe aber nicht hervor, dass auch Anteile des Ferienlohns und des 13. Monatslohns vergütet wurden. Die kämen dann noch dazu…

Wer andern eine Grube gräbt…

Zuletzt forderte der Anwalt ein Abschlusszeugnis, das auf der Grundlage des Zwischenzeugnisses auszustellen sei. Dieses Zeugnis erhielt T. recht prompt. An der Schlichtungsverhandlung musste nur noch das Finanzielle behandelt werden. Die Parteien vereinbarten, dass der Arbeitgeber den ausstehenden Nettolohn, die Ferienentschädigung und den Anteil am 13. Monatslohn bis Ende Monat zu bezahlen habe. Der ausbezahlte Betrag war schliesslich höher, als wenn der Arbeitgeber fristgerecht und ohne Aufhebens den letzten Monatslohn überwiesen hätte. So musste er auch die Vergütungen nachzahlen, die im Arbeitsvertrag nicht genannt waren.

In unserer Serie «Hier half der VPOD» stellen wir exemplarisch interessante Konfliktfälle vor. Zur Darstellung von juristischen Verfahren – die Rechtshilfeabteilung des VPOD hat schon vielen Mitgliedern zu ihrem Recht verholfen und gibt dafür jährlich über eine halbe Million Franken aus – gesellen sich Berichte über Fälle, bei denen eine sonstige Intervention des VPOD Erfolg brachte.

Wer die Arbeitsbedingungen in Asien verbessern will, muss grenzüberschreitend vorgehen

Global denken, überregional handeln

Mit einem neuen Asienprogramm will Solidar die Rechte der Arbeiterinnen und Arbeiter durchsetzen und verantwortliches Handeln von Unternehmen fördern. Die Projekte werden grenzüberschreitend vernetzt.

| **Text:** *Zoltan Doka (Foto: ILO)*

Eine Näherin in einer kambodschanischen Textilfabrik. Ihre Arbeitsbedingungen können nur durch grenzüberschreitendes Handeln verbessert werden.

Viele Konsumgüter, die aus Asien in die Schweiz importiert werden, werden unter ausbeuterischen Bedingungen hergestellt. Will Solidar Suisse die Arbeitsrechte der Betroffenen verbessern – dies hat sich bei unserem Engagement in China seit 2010 immer deutlicher gezeigt –, können wir nicht länderspezifisch vorgehen. Die Verflechtungen sind grenzüberschreitend: Arbeitsmigrantinnen aus Myanmar auf Plantagen in Indonesien; chinesische Investitionen in der Textilbranche Kambodschas; russische Lobbyarbeit in der asiatischen Asbestindustrie; koreanische und taiwanesische Hersteller in der Unterhaltungselektronik in China … Deshalb muss auch die Antwort zum Schutz der Arbeitsrechte grenzüberschreitend sein. Ab 2017 setzt sich Solidar Suisse deshalb in überregional vernetzten Projekten und Kampagnen für die Verbesserung der Arbeitsbedingungen ein. Dabei verfolgen wir drei Strategien.

1. Regionale Vernetzung

Globale Lieferketten dominieren die Produktion in Asien. Das geht beispielsweise so: Der Schweizer Händler kauft bei einem taiwanesischen Produzenten Ware ein. Der hat sie aber bereits von Zulieferern in China oder Kambodscha bezogen, und die wiederum kaufen Bestandteile bei weiteren Lieferanten ein. Mit anderen Worten: Die Lieferketten sind lang und undurchsichtig. Und die Arbeitsrechte bleiben dabei oft auf der Strecke. Lokale Basisgruppen und Gewerkschaften setzten sich zwar dafür ein, aber häufig sorgt nur ein vernetztes Vorgehen für Fortschritte. Deshalb unterstützt Solidar regionale Netzwerke, welche die Lieferkette analysieren, das Wissen den aktiven Organisationen zur Verfügung stellen und konkrete Handlungsvorschläge für die tägliche Arbeit liefern. Dabei konzentrieren wir uns auf Branchen und Themen, die sowohl für die Beschäftigten in Asien als auch für den Konsum in der Schweiz relevant sind, etwa die industrielle Landwirtschaft, die Textilbranche und die Asbestindustrie. Die wichtigsten Themen sind Arbeitssicherheit, existenzsichernde Löhne und Arbeitsmigration.

2. Lokale Praxis

In China und in Kambodscha werden auch konkrete Projekte zur Verbesserung der Arbeitsbedingungen unterstützt, via Rechtsberatungsstellen, Bildungsarbeit und Stärkung der lokalen Partnerorganisationen. Die Verbindung mit den regionalen Netzwerken gewährleistet den Erfahrungsaustausch der Organisationen aus verschiedenen Ländern.

3. Kampagnen in der Schweiz

Als drittes Standbein kommen Kampagnen in der Schweiz dazu: Wir informieren die Öffentlichkeit über den Zusammenhang zwischen den Arbeitsbedingungen in Asien und dem Konsum in der Schweiz. Letztes Jahr geschah dies beispielsweise mit Kampagnen rund um die Arbeitsbedingungen bei der Herstellung von Spielzeug oder von Kochgeschirr in chinesischen Fabriken. Mit den Kampagnen nehmen wir jeweils auch die Industrie, den Handel und die Politik in die Pflicht.

Grenzüberschreitende Zusammenarbeit ist aber noch aus einem weiteren Grund wichtig: Obwohl immer wieder Fortschritte bezüglich der Arbeitsrechte erzielt werden, sind die politischen Umstände in vielen Ländern Asien besorgniserregend. Ein NGO-Gesetz in China, ein Gewerkschaftsgesetz in Kambodscha, die Verhaftung von Gewerkschaftern in Bangladesch sowie Restriktionen der Zivilgesellschaft in Thailand – all diese Massnahmen haben zum Ziel, die Organisationsfreiheit von Menschen einzuschränken und die Interessen von Arbeitgebern auf Kosten der Beschäftigten durchzusetzen. Auch dagegen setzt sich Solidar mit der Unterstützung der aktiven zivilgesellschaftlichen Organisationen ein.

Andrea Arezina, Campaignerin, Zürich

Abwehrchefin

Andrea Arezina hat die SP-Kampagne gegen die Unternehmenssteuerreform III «gemacht». Nicht allein, versteht sich: Zum Erfolg kam sie mit wenig Geld und viel Aktivismus. | **Text:** *Christoph Schlatter (Foto: Alexander Egger)*

Spezialistin für Abwehrschlachten: Andrea Arezina.

Natürlich nimmt sie die Glückwünsche gern entgegen, möglicherweise zuckt sogar eine Spur berechtigten Stolzes um ihre Nasenflügel. Aber dann winkt sie ab: Den Abstimmungssieg bei der Unternehmenssteuerreform III will Andrea Arezina als Erfolg eines Teams gewertet wissen und nicht als Einzelperformance. Obwohl *sie* es war, die für die Nein-Kampagne der SP Schweiz die Hauptverantwortung trug. Zwar stellte die Kollegin eigentlich nur die Hälfte einer Co-Leitung dar. Aber das andere «Co» musste (manche Wechselfälle des Lebens treffen einen ja unerwartet…) einen Vaterschaftsurlaub antreten.

Wir finden Andrea Arezina in einem Szenecafé im Zürcher Kreis 5. Fast noch jünger wirkt sie als die 32 Jahre, die sie tatsächlich zählt. Sie spricht sanft und formuliert mit Bedacht. Zu markiger Verkürzung ist sie offensichtlich ebenfalls fähig. Die Aufgabe lautete: ein komplexes Steuerpaket eindampfen auf eine kurze Formel. Dabei deutlich machen, dass ein rechtsbürgerlich dominiertes Parlament jedes Augenmass verloren hat. Und dass es die Aufhebung international geächteter Steuerpraktiken zu frivoler Beschenkung der eh schon Reichen benutzt hat. Auf Plakaten hiess das, weiss auf schwarz mit roter Unterstreichung, oft kopiert, nie erreicht: «Milliarden-Bschiss am Mittelstand!» Und in der Unterzeile: «Wir bezahlen, Grossaktionäre profitieren! Jetzt reicht's!»

Von 0 auf 100 auf 0

Wie kommt man eigentlich zu so einem Job? Wo lernt man das Handwerk? Wie packt man die Aufgabe an? Und was tut man nach geschlagener Schlacht, wenn die temporäre Anstellung endet? Kollegin Arezina stellt es so dar: Zur richtigen Zeit in den richtigen Kreisen unterwegs zu sein, ist schon mal nicht verkehrt. Lernen lässt sich aus Erfahrung, auch aus Niederlagen. Beim Kampagnenstart ist es zentral, ein Ziel – vorliegend: Sieg! – zu formulieren und diesem dann alles andere unterzuordnen. In der intensiven Phase des Abstimmungskampfes gibt es weder Feierabend noch Wochenende. Und der Abschied? Von 100 auf 0 in wenigen Tagen, das geht nicht ganz schmerzfrei.

Ohne Familienpflichten, mit geringem Geldbedarf in einer WG lebend, beklagt sich Andrea Arezina, VPOD-(und Unia-)Mitglied, nicht über ihre Situation. Aus Gewerkschaftssicht zählt sie wohl zum Prekariat. Aber ihr gefällt – derzeit noch – ein Lebensmodell, bei dem sich intensive Phasen mit grösseren Freiräumen abwechseln. Ein Kleinpensum als Mitarbeiterin von Nationalrätin Min Li Marti gewährt immerhin ein minimales Fixeinkommen. Es sei nun mal so, dass auf linker Seite die Finanzen für feste Kräfte kaum vorhanden seien. Aber: «Die anderen haben das Geld, wir die Leute.» Das habe den Abstimmungskampf entschieden.

Und nicht nur diesen. Bereits gegen die Durchsetzungsinitiative war Andrea Arezina aktiv: als Kampagnenkoordinatorin beim «Dringenden Aufruf». Auch dort stand sie schliesslich auf der Siegerseite. Den Abstimmungssonntag im Februar ging sie trotzdem verhalten an: «Fussballspiele sind erst beim Schlusspfiff zu Ende, und Abstimmungen werden nicht in Umfragen entschieden.» Das gilt erst recht seit Brexit und Trump… Umso grösser war der Jubel, als an jenem 12. Februar nicht nur bei der USR III, sondern auch bei der Vorlage über die erleichterte Einbürgerung der dritten Ausländergeneration das richtige Ergebnis herauskam.

Es geht weiter

Selber mit einem Migrationshintergrund (zwischen Banja Luka und Adliswil) ausgestattet, wurde Andrea Arezina einst durch die Schäfchenplakate der SVP in die Politik katapultiert. In dieser und der beruflichen Laufbahn war die Kollegin zwar weniger stark als andere von Anfeindung gegen «Jugos» betroffen, weil ihr Nachname, sofern ohne Hatschek geschrieben, auch aus Graubünden oder dem Tessin stammen könnte. Aber natürlich ist das kein Grund, die Hände in den Schoss zu legen. Mit der Einbürgerungsvorlage ist nur einem kleinen Teil der Migrationsbevölkerung geholfen. Und die Siege bei der Durchsetzungsinitiative und der USR III seien insofern zu relativieren, als in beiden Fällen lediglich Ungemach abgewendet, aber kein einziger Schritt vorwärts getan wurde. Einstweilen gilt Andrea Arezina also noch als Spezialistin für Abwehrschlachten.

AZB Postfach 8279, 8036 Zürich

VPOD Bildungspolitik Nr. 201 ist soeben erschienen

Der Schwerpunkt der neuen Ausgabe der VPOD Bildungspolitik widmet sich dem Thema «inklusive Bildung». Insbesondere werden Wege und Hilfsmittel für die Schulentwicklung vorgestellt sowie der Handlungsbedarf zur Umsetzung der UN-Behindertenrechtskonvention aufgezeigt.

VPOD Bildungspolitik
Seit 40 Jahren die kritische gewerkschaftliche Zeitschrift in der Bildungspolitik.

Ein Jahresabonnement umfasst 5 Ausgaben und kostet 40 Franken.

Kontakt und weitere Informationen unter:
redaktion@vpod-bildungspolitik.ch
www.vpod-bildungspolitik.ch
VPOD Bildungspolitik, Postfach 8279, 8036 Zürich

vpod ssp

Impressum

Herausgeber: VPOD

Generalsekretär: Stefan Giger

Redaktion: Christoph Schlatter | *slt*

Sekretariat: Hilde Bigler

VPOD-Zentralsekretariat
Birmensdorferstrasse 67, 8004 Zürich
Postfach 8279, 8036 Zürich
Telefon 044 266 52 52
Fax 044 266 52 53
redaktion@vpod-ssp.ch
www.vpod.ch

Erscheint 10-mal pro Jahr

Satz, Druck und Spedition:
gdz AG, Zürich

Auflage: rund 20 000 Exemplare

Anzeigenregie:
VPOD-Zentralsekretariat
Birmensdorferstrasse 67, 8036 Zürich
Postfach 8279, Telefon 044 266 52 52
Fax 044 266 52 53
hilde.bigler@vpod-ssp.ch

Platzvorschriften unverbindlich

MIX
Papier aus verantwortungsvollen Quellen
FSC® C009035

Titelseite: *Foto: czoborraul/iStockphoto*